



Presseschau vom 25.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Bernhard Loyer: Impfkomplicationen in deutschen Medien? Sie rücken weiterhin nur schleichend in den Fokus

Impfnebenwirkungen gelten weiterhin in den Mainstream-Medien als lästiges Tabu-Thema. Nur langsam mehren sich Beiträge, die Warnende wie Betroffene endlich zu Wort kommen lassen. Selbst Long-COVID wäre als Impfnebenwirkung zu betrachten. ...

<https://kurz.rt.com/2vt7> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Überlebende aus Mariupol berichten: "An 85 Prozent der Zerstörung sind Asow-Kämpfer schuld"

Aus den umkämpften Städten des Donbass gerettete Menschen berichten von ihren Erlebnissen. Besonders schlimm ist die Lage in Mariupol: Die Einwohner machen die städtische Regierung und Nationalisten in der ukrainischen Armee für Elend, Tod und Zerstörung verantwortlich. ...

<https://kurz.rt.com/2vs8> bzw. [hier](#)

Nachtrag vom 24.3.:

17:40 (15:40) rusvesna.su: Ukrainische Kämpfer stellten eine Bedrohung für die Schifffahrt im Schwarzen Meer dar

Die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, sagte, dass die Streitkräfte der Ukraine mehr als 400 Minen eines veralteten Typs an den Zufahrten zu den Schwarzmeerhäfen installiert hätten. Einige von ihnen drifteten bereits auf den Bosphorus zu, sie stellten eine ernsthafte Bedrohung für die zivile Schifffahrt dar.

Nach Angaben von Sacharowa habe das ukrainische Militär Minenfelder an den Zufahrten zu vier Häfen errichtet, weshalb fast 60 Schiffe sie nicht verlassen können.

„Ukrainische Kämpfer haben die größten Risiken für die Schifffahrt in den Schwarzen und anderen Meeren geschaffen.

Wir sprechen über 400 ukrainische Ankerminen veralteter Typen, die an den Zufahrten zu den Häfen von Odessa, Otschakov, Tschjornomorsk und Jushny installiert wurden“, sagte sie heute während eines Briefings.

Sacharowa fügte hinzu, dass sich einige dieser Minen von den Ankern gelöst und begonnen hätten, in Richtung Bosphorus zu driften. Sie seien durchaus in der Lage, auf diese Weise das Mittelmeer zu erreichen.

Die zivile Schifffahrt sei bedroht, betonte Sacharowa.

Eine entsprechende Mitteilung wurde bereits von der türkischen Marine herausgegeben.



<https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Ov962CJwXLbFQqxYuHsOQp1KeW9cZNnNewUMN1lM>

l-yRIk4HSv2kdZvu1c-OTDIW2A-fdFnPYm4SfS7bE3i8I72ey4bVkJG0Ugsp-MgPqy7UD0LXRPBsRxh-XUHzFI0hq_GqpldEMXqrZqj9HcAhMEwLJaA-8B_vU58AyJ61V83x-rQPu9q7wRfGYsXHTRp8U2_DhLto75rHKPWR5oiIMdB2T-tegWb7lMBzbjJsbMHX4F_YCIWE8Yti3dRIt2HuHnrRZpaMwAYUfauqNX6brT9FJugX5V_FivlrBY6QETpoL1LQIvfmB-itrnJM-MVGqPWXXxOU9xMJlPkN_38bPng

18:40 (16:40) rusvesna.su: **Die USA müssen aufhören zu lügen: Das chinesische Verteidigungsministerium gab eine scharfe Erklärung ab**

Das chinesische Verteidigungsministerium gab eine scharfe Erklärung über das Vorgehen der Amerikaner im Zusammenhang mit den aufgedeckten Fakten über die Arbeit biologischer Laboratorien in der Ukraine ab. Die Vereinigten Staaten müssten aufhören zu lügen und Maßnahmen ergreifen, um die Situation in der Ukraine zu deeskalieren, hieß es.

Das Verteidigungsministerium forderte von Washington vor der ganzen Welt eine Antwort darauf, was ihre militärischen Biolabore taten und warum es keine offenen Informationen über sie gibt.

Das chinesische Verteidigungsministerium betont, dass es nicht länger möglich sei, die Bedrohungen durch US-Biolabore in der Ukraine und im Allgemeinen die Aktivitäten der Amerikaner im Land zu ignorieren.

„Jetzt weiß die ganze Welt, dass die Vereinigten Staaten der Anstifter der Krise in der Ukraine waren“, resümierte das chinesische Verteidigungsministerium.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/ssha_rossiya_kitay_0.png

19:27 (17:27) rusvesna.su: **Mariupol-Verwaltung unter der Kontrolle russischer und DVR-Truppen**

Truppen Russlands und der DVR haben das Verwaltungsgebäude von Mariupol befreit. Das teilte Tschetscheniens Chef Ramsan Kadyrow auf seinem Telegram-Kanal mit.

„Die Jungs melden per Funk, dass sie das Verwaltungsgebäude von Mariupol eingenommen und unsere Flagge darüber gehisst haben. Die überlebenden Banditen gingen kein Risiko ein, verließen ihre für sie schon traditionelle Stellung und gaben Fersengeld.

Andere Einheiten bewegen sich in parallelen Richtungen der Stadt und reinigen sie von den bösen Geistern von ‚Asow‘.

Und mit Allah wird Mariupol in naher Zukunft komplett geräumt sein.“

abends/nachts:

23:16 (21:16) rusvesna.su: **Truppen Russlands und der DVR befreien den Stadtbezirk Lewobereshny in Mariupol**

Der Bereich ist vollständig vor ukrainischen Militanten befreit. Das teilte Tschetscheniens Chef Ramsan Kadyrow auf seinem [Telegram](#)-Kanal mit.

„Unsere Kämpfer haben den gesamten Bezirk Lewobereshny von Mariupol von Banden befreit, der sich im östlichen Teil der Stadt befindet und durch das Industriegebiet Asowstal vom Rest getrennt ist.

Über dem Gebäude der Bezirksstaatsanwaltschaft des Bezirks Lewobereshny haben Soldaten eine Fahne gehisst, erzählte mir mein lieber BRUDER Sultan Rasshaew.

So räumten die Kämpfer Wohngebiete im Ostteil der Stadt, in denen mehr als 100.000 Menschen leben, vollständig.

Die letzten verbliebenen Überreste der Banditengruppe, die zuvor in der Region operierte, erlitten Verluste und flohen nach Westen.

Jetzt setzen die Gardisten ihre Kräfte ein, um andere Wohngebiete von Mariupol von den Asow-Nationalisten zu säubern.“



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/jUKOFC4u4-1KaLKsl-X1J84OEHKTk1uQwGjrGdLpatdBLDnWVn1vI0PKJMzJy7XAhQwMZU7NfoWoxRRBLTW2Ls1RjURfIdLdEBDUBnuz8mJyXdQ5ij8tX2zsDPFpIEaGARI4L_SEbiIqnA0qtbcGESc9f4NnX4vASuhdiSMTkxZU515uGrPjOSXxkEa3mzgpwssgwy0QKVD9S77xbEKofb0lcGiqNgYz9Na-mhe0dSkTFRKbpYC_qkwH7rTouCbrbj1bX1Cell8BWaj0mS0j1QCH8WduEtopHqRZxlogecyNTjLqjrFsE9vnrF5pxrkqzVKrp0tW9sqOmzxjGtJ1aQ

21:40 de.rt.com: **Chinas Außenminister besucht Afghanistan**

Chinas Spitzendiplomat Wang Yi sprach mit seinem afghanischen Amtskollegen unter anderem über eine mögliche Rolle Afghanistans innerhalb der Neue-Seidenstraßen-Initiative der Volksrepublik China. Nach der Machtübernahme der Taliban wurde Afghanistan bislang nur von sehr wenigen Außenministern anderer Staaten besucht.

Chinas Außenminister Wang Yi hat am Donnerstag überraschend Kabul besucht, teilte das afghanische Außenministerium in einer Erklärung auf seiner Website mit. Dies stellt den ersten hochrangigen Besuch eines chinesischen Vertreters im Land seit der Machtübernahme durch die islamistische Taliban-Miliz im August des letzten Jahres dar.

Wang traf sich laut der Erklärung mit dem geschäftsführenden afghanischen Außenminister Amir Khan Muttaqi, um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu beraten, einschließlich von Gesprächen über Tätigkeiten in im Bergbau und eine mögliche Rolle Afghanistans in der Neue-Seidenstraßen-Initiative Chinas.

Der chinesische Spitzendiplomat nannte seinen Besuch in Afghanistan einen Schritt in Richtung zur Stärkung der chinesisch-afghanischen Beziehungen. Die historischen Bindungen zwischen beiden Staaten würden danach rufen, die Beziehungen zu erweitern und zu festigen. China verfolge auch in Bezug auf Afghanistan eine Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes, so Wang. Zudem verurteilte er erneut die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Sanktionen des Westens gegen Afghanistan. Während seines vorherigen Besuches in Pakistan hatte Wang erklärt, dass man in Bezug auf Afghanistan die "Weisheit des Ostens" anwenden müsse, um den Dialog und Verhandlungen zur Beilegung

von Konflikten zu fördern, statt auf Mittel wie Sanktionen oder auf sonstigen Druck zurückzugreifen.

Muttaqi seinerseits lobte den Besuch Wangs als positive Botschaft an alle Afghanen und an die Welt. Er bedankte sich bei China für die Unterstützung aus Peking.

Der geschäftsführende afghanische Außenminister erklärte, dass die durch die neue Regierung gewährleistete Sicherheit die Grundlagen für ausländische Investitionen lege. Die Stabilität Afghanistans sei im Interesse von regionalen Akteuren und darüber hinaus auch im Interesse der ganzen Welt. Es sei die Pflicht aller Staaten, zur Stabilität in Afghanistan beizutragen, indem sie mit Afghanistan politische und wirtschaftliche Beziehungen eingehen.

Seit der Machtübernahme der Taliban gab es nur sehr wenige Besuche anderer Regierungen auf Ministerebene in Afghanistan. Neben dem chinesischen Außenminister statteten bisher die Außenminister Katars und Pakistans in Kabul einen Besuch ab.

Die meisten Staaten, einschließlich China, haben bisher die von den Taliban installierten Behörden noch nicht als legitime Regierung des Landes anerkannt. Sie begründen ihre Zurückhaltung damit, dass die Taliban erst noch beweisen müssten, dass sie sich den Menschenrechten, dem Kampf gegen den Terrorismus und der Schaffung einer inklusiven Regierung in Afghanistan verpflichtet sehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c8f4eb480cc506839a8e6.jpg>

22:00 de.rt.com: **Medienbericht: Deutschland hat bislang für über 37 Millionen Euro Rüstungsgüter an Ukraine geliefert**

Laut einem Bericht des Spiegels ist die Liste der bisher an die Ukraine gelieferten Waffen deutlich länger als öffentlich bekannt. Die Regierung schweigt bislang dazu. Der deutschen Rüstungsindustrie stehen hingegen glänzende Zeiten bevor.

Was genau liefert die Bundesregierung nach Kiew? Nach einem Bericht des Spiegels hat die Ampel-Koalition in den zurückliegenden Wochen deutlich mehr Waffen und Rüstungsgüter in die Ukraine geliefert, als bisher bekannt war.

Demnach bekam laut einem vertraulichen Bericht aus dem Wirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne) die ukrainische Armee bereits bis zum 7. März Rüstungsgüter im Wert von 37,3 Millionen Euro. Dabei wurde mit 31,3 Millionen der Großteil der Lieferungen in der aufgeführten Liste als "Kriegswaffen" eingeordnet. Hinzu kommen "sonstige Rüstungsgüter" im Wert von 5,8 Millionen Euro.

Neben den bisher öffentlich bekannten 1.000 Panzerfäusten und 500 Stinger-Raketen wurden noch weitere Waffen in die Ukraine gebracht. Dazu zählen 14 gepanzerte Geländewagen, 1.300 Schutzwesten mit 2.600 Kevlar-Platten, 16 Nachtsichtgeräte und weitere Kommunikationsgeräte. Für rund zwei Millionen Euro wurden bereits 23.000 Helme an die ukrainische Armee geliefert.

Doch die Liste ist seit Anfang März immer länger geworden: In den vergangenen Tagen stellte

sich heraus, dass die Bundeswehr aus ihren Beständen zudem 500 Strela-Flugabwehrraketen an die Ukraine abgegeben hat. Zusätzliche Lieferungen aus DDR-Beständen sind nach Angaben aus Regierungskreisen bereits auf dem Weg.

Seit Mittwoch steht nun fest, dass Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) eine zusätzliche Lieferung von 2.000 Panzerfäusten beim Bundessicherheitsrat beantragt hat. Die Genehmigungsverfahren für Waffenlieferungen an die Ukraine sei mittlerweile unbürokratischer geworden und könne durch sogenannte Umlaufverfahren zügiger genehmigt werden.

Gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit schweigt die Regierung. Auf diese Weise wolle man Waffentransporte in die Krisengebiete nicht gefährden. Angeblich werden auch weitere Waffenlieferungen an die Ukraine vorbereitet.

Aus dem Fundus der Bundeswehr sollen darüber hinaus panzerbrechende Waffen und leicht bedienbare Luftabwehrsysteme Richtung Osten geliefert werden. Aus Fachkreisen wurde berichtet, dass die Abgabe von Handfeuermunition zur Stärkung der ukrainischen Armee bei ihrem Kampf gegen russische Einheiten einen großen Nutzen versprache – ebenso sowie Kleindrohnen und moderne Nachtsichtgeräte.

Dem Spiegel liegen zudem nach eigenen Angaben Informationen über direkte Verhandlungen zwischen der Ukraine und deutschen Rüstungsherstellern über Waffenlieferungen vor. Für die Bundesregierung scheint das kein Problem zu sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623cda86b480cc4f9c6bc097.jpg>

22:46 de.rt.com: **Revolutionsgarden-Kommandeur: Epoche des Niedergangs "satanischer Mächte" hat begonnen**

Der Kommandeur der iranischen Revolutionsgarden bezeichnete das neue Jahrhundert im persischen Kalender als Epoche des Niedergangs der "satanischen Mächte" wie etwa der USA. Zudem hat er eine an Israel gerichtete Botschaft.

Hossein Salami, der Kommandeur der iranischen Revolutionsgarde, hat erklärt, dass das neue Jahrhundert des persischen Kalenders die Ära des Niedergangs des Westens einläute, wie die iranische Nachrichtenagentur Fars News berichtete. Während einer Rede am Mittwoch bei einer Zeremonie in der südwestlichen Stadt Dezful in der Provinz Chuzestan sagte der iranische General, dass der Niedergang der USA und der westlichen Zivilisation schon seit vielen Jahren begonnen und sich zugleich der Fortschritt der islamischen Revolution in den letzten Jahren beschleunigt habe.

Das letzte Jahrhundert sei als Zeitalter der Sklaverei der Muslime, der Unterdrückung der Menschen und als Jahrhundert der modernen Unwissenheit bezeichnet worden. Die islamische Revolution in Iran habe den Status quo jedoch destabilisiert und die islamische Welt neu belebt, sagte der Revolutionsgarden-Kommandeur.

General Salami bezeichnete das neue Jahrhundert des persischen Kalenders als die Zeit, in der die "satanischen Mächte" ihren eigenen Untergang erleben würden. Diese Mächte hätten im letzten Jahrhundert große Kriege angestiftet, in deren Folge Hunderttausende von Menschen massakriert oder vertrieben worden seien.

Die derzeitige Situation in Syrien, im Irak und Jemen sei das Resultat eines Komplotts des Westens, so General Salami. Die islamische Welt mache immer weitere Fortschritte bei der Rückeroberung besetzter Gebiete, weil das neue Jahrhundert das Zeitalter des Wissens und der Werte sei.

Zudem warnte der iranische General Israel. Iran werde "Vergeltung üben", weil die Iraner den "Terrorismus" gegen ihre Streitkräfte nicht hinnehmen würden. Vergeltung sei eine echte und ernst gemeinte Botschaft, sagte General Salami. Er warnte Israel vor den Folgen seiner angeblichen "ständigen Fehlkalkulationen" und forderte das Land auf, seine "bösen Taten" einzustellen.

In einer Erklärung zu Beginn dieses Monats hatte die iranische Revolutionsgarde die Verantwortung für einen Raketenangriff auf einen mutmaßlichen israelischen Stützpunkt in der kurdischen Autonomieregion im Norden des Iraks übernommen. Die Revolutionsgarde hatte Tel Aviv gewarnt, dass jede unbedachte Handlung Israels entsprechend beantwortet würde.

Der Sprecher der Revolutionsgarden, General Ramesan Scharif, kündigte an, dass seine Organisation nicht zögern werde, weitere mutmaßliche israelische Stützpunkte in der irakischen Region Kurdistan anzugreifen, wenn die irakischen Behörden diese nicht auflösen. Letzte Woche schlugen zahlreiche ballistische Raketen in einer angeblichen geheimen Mossad-Basis in Erbil ein. Berichten zufolge sollen dabei mehrere Israelis ums Leben gekommen sein.

Das iranische Parlament unterstützte die Aktion der Revolutionsgarde in einer anschließenden Erklärung.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c7e22b480cc1ec46f0cee.jpg>

4:00 (2:00) rusvesna.su: **Puschilin und Turtschak besuchten ein provisorisches Aufnahmezentrum für Flüchtlinge aus Mariupol**

Am Donnerstag, dem 24. März, besuchte das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Pushilin, zusammen mit dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Föderationsrates Russischen Föderation, dem Sekretär des Generalrats der Partei Einiges Russland Andrej Turtschak und dem Abgeordneten der Staatsduma Dmitri Sablin ein provisorisches Unterkunftszentrum, das in einer Schule im Dorf Wolodarskoje eingerichtet wurde. Hierher kommen Bewohner von Mariupol und anderen Dörfern und Städten an, die von den bewaffneten Formationen der Ukraine beschossen werden. Die Menschen werden mit dem Nötigsten und medizinischer Hilfe versorgt und dann in die Russische Föderation evakuiert.

Täglich betreten und verlassen durchschnittlich etwa 1.700 Personen das Zentrum. Denis Pushilin und Andrej Turttschak machten sich mit den Aufenthaltsbedingungen im Zentrum für vorübergehende Unterbringung vertraut und beantworteten die Fragen der Menschen. Sie interessierten sich für die Etappen und Orte der Evakuierung, die Möglichkeit, Geld von Karten abzuheben, die Wiederherstellung dessen, was von der Ukraine zerstört wurde, und natürlich die Rückkehr in ihre Häuser.

„In Rostow gibt es mehrere vorübergehende Unterkunftszentren – nach Ihrer Wahl“, sagte Andrej Turttschak und stellte fest, dass bestmögliche Bedingungen geschaffen wurden. „Kinder gehen überall zur Schule“, fügte er hinzu.

Denis Puschilin stellte klar, dass es derzeit in Russland unmöglich ist, Geld von ukrainischen Karten abzuheben.

„Wir arbeiten daran. Wir versuchen jetzt, diesen Prozess in der Region Nowoasowsk zu organisieren“, betonte der Staatschef. „Wir müssen jetzt sicherstellen, dass die Leute unterwegs Geld von Karten abheben und umtauschen können.“

Ihm zufolge würden sowohl die Griwna als auch der Rubel noch einige Zeit in den Einzelhandelsgeschäften kursieren, damit die Menschen ihre Ersparnisse nicht verlieren. Aber dann werde der Rubel vollständig in Umlauf kommen.

Es gab auch eine Frage zur Zahlung von Renten. Andrej Turttschak hat darauf geantwortet.

„Die Renten sind immer noch minimal. Sobald alle Rentenfälle festgestellt sind, werden die Renten entsprechend ausgezahlt. Basierend auf der Erfahrung“, sagte der russische Politiker. Er appellierte an Menschen, die nicht beabsichtigen, sich nach Russland zu evakuieren.

„Wer bereit ist zu bleiben: Damit Sie keine Zweifel haben: Russland ist für immer hier“, sagte Andrej Turttschak.

Ihm zufolge bestehe die wichtigste Aufgabe jetzt darin, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Wie Denis Puschilin betonte, muss Mariupol zunächst vollständig befreit werden. In Gebieten, die unter der Kontrolle der Volksrepublik Donezk stehen und befreit sind, können bereits Aufräumarbeiten beginnen.

„Wir und unsere Spezialisten haben die Möglichkeit, zumindest vorläufig den Grad der Zerstörung festzustellen und zu sehen und was direkt für die Wiederherstellung benötigt wird. Wir planen, alles wiederherzustellen, alles zu in Gang zusetzen damit die Betriebe arbeiten. Dies ist eine große Industriestadt, vor allem eine Hafenstadt, also ist dies die Aufgabe“, sagte das Oberhaupt der DVR.

Auf die Frage, wann eine Heimkehr möglich sei, antwortete der Staatschef: „Sobald die Sicherheit gewährleistet ist, wird der Heizkreislauf geschlossen.“

Er erklärte, dass nach der Befreiung der Siedlungen der interministerielle operative Stab mit der Koordinierung der Aktivitäten für die vorrangige Lebenserhaltung der Bevölkerung der befreiten Gebiete beginnen werde.

„Die Aufgabe besteht darin, die primären Bedürfnisse zu sichern: Lebensmittel, Medikamente, dass Ambulanzen funktionieren und alle versorgt sind. Strom und Kommunikation werden wiederhergestellt. Für den Wohnbereich: Zunächst wird nach Möglichkeit der Wärmekreislauf geschlossen, damit man dort leben kann. Und dann arbeiten Spezialisten des Bauministeriums mit Kollegen aus der Russischen Föderation zusammen“, sagte Denis Puschilin.

Es wurde auch festgestellt, dass es keinen Sinn hat, einzelne Strukturen und Gebäude wiederherzustellen: Die bewaffneten Formationen der Ukraine schießen beim Rückzug buchstäblich auf jegliche Infrastruktur. Das ist Nazi-Ideologie, da ist sich der Chef der DVR sicher.

„Sie sind definitiv Kriminelle“, sagte Denis Puschilin

„Mariupol, wer wird es wiederherstellen? Da ist alles kaputt“, fragte einer der Bewohner der Stadt.

„Russland wird alles wiederherstellen. Jetzt müssen wir die Operation beenden, und das war's: Sowohl die Bauarbeiter als auch alle anderen werden daran arbeiten - und wir werden alles tun. Wir werden alles wiederherstellen“, fasste Andrej Turttschak zusammen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/1_volodarskoe.jpg

7:00 (5:00) rusvesna.su: **Es wird keine andere Wahl geben: Puschkow über das Dilemma des Westens mit dem Gas**

Der Westen wird gezwungen sein, Erdgas in Rubel zu kaufen, wenn Russland in dieser Frage eine prinzipielle Position einnimmt, sagte Senator Alexej Puschkow in einem Interview mit der Parlamentskaja Gaseta.

Seiner Meinung nach erkennen die westlichen Länder jetzt neue Handelsbedingungen.

„Einige werden bereit sein, Gas in Rubel zu bezahlen, während andere auf Zahlungen in Euro und Dollar bestehen werden. Wenn Russland seine Position konsequent verteidigt, haben unsere Gegenparteien allerdings einfach keine Wahl“, sagte Puschkow.

Der Senator glaubt, dass die Entscheidung Russlands, Zahlungen für den blauen Treibstoff von unfreundlichen Länder in Rubel zu verlangen, die Konfiguration der Weltwirtschaft verändern werde.

„Wir sind jetzt bei der Neuformierung nicht nur der Weltgeopolitik, sondern auch des Weltsystems der Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen. Diese Umformierung wurde nicht von uns veranlasst. Der tiefe Grund liegt in dem seit langem gegen Russland erklärten Wirtschaftskrieg. Unter diesen Bedingungen werden wir eine solche Neuformierung gemäß unseren Interessen und Bedürfnissen vornehmen“, erklärte das Mitglied des Föderationsrates. Puschkow geht davon aus, dass diese Maßnahme in Zukunft zu einer Stärkung des Rubels führen könnte.

7:15 (5:15) novorosinform.org: **Die EU wird die Zahlung für russisches Gas in Rubel nicht zulassen - Leiterin der Europäischen Kommission**

Zahlungen in russischer Währung bedeuteten eine Umgehung zuvor verhängter Sanktionen, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Zuvor hatte in Moskau ein Treffen des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit Regierungsvertretern stattgefunden. Dabei kündigte das Staatsoberhaupt die Entscheidung an, Zahlungen für den Export von Erdgas in eine Reihe von EU-Ländern in Rubel umzuwandeln. Gleichzeitig wrde Russland weiterhin Gas in gleicher Menge liefern.

Die Möglichkeit, russisches Gas in Rubel zu bezahlen, sei für die Europäische Union nicht hinnehmbar, findet Ursula von der Leyen, Chefin des höchsten Exekutivorgans der EU. Ihre Worte werden von RIA Novosti unter Bezugnahme auf Reuters zitiert.

"Das wäre ein Versuch, die Sanktionen zu umgehen", erklärte von der Leyen.

Die Führung der Europäischen Union werde es nicht zulassen, die eingeführten Wirtschaftsbeschränkungen zu umgehen, schloss die Präsidentin der Europäischen Kommission.



https://novorosinform.org/content/images/17/84/41784_720x405.jpg

5:45 de.rt.com: **"Europas Baum des Jahres": Russische Eiche wegen Ukraine-Ereignissen von Wettbewerb disqualifiziert**

In den vergangenen Wochen wurde Russland mit harten Sanktionen überzogen. Neben dem Ausschluss russischer Sportler und Künstler wurden auch russische Produkte verbannt. Doch nun hat die Absurdität einen neuen Höhepunkt erreicht: Die Veranstalter des Wettbewerbs "Europas Baum des Jahres" nahmen die russische Bewerbung aus dem offiziellen Rennen um den Titel.

Der Wettbewerb "Europäischer Baum des Jahres" wurde im Jahr 2011 ins Leben gerufen. Laut den Veranstaltern will man über die jährliche Kür die "Bedeutung alter Bäume für das natürliche und kulturelle Erbe hervorheben, das unsere Pflege und unseren Schutz verdient. Im Gegensatz zu anderen Wettbewerben geht es beim Europäischen Baum des Jahres nicht um Schönheit, Größe oder Alter, sondern um die Geschichte des Baumes und seine Verbindung zu den Menschen. Wir suchen nach Bäumen, die Teil einer größeren Gemeinschaft geworden sind", heißt es auf der Webseite von Tree of the Year Europe (EYT). Die New York Times wies nun auf die absurde Situation hin, das Komitee der Veranstalter hätte schon Ende Februar mitgeteilt, dass die russische "Baumbewerbung" für die diesjährige Kür nicht anerkannt werden wird. So heißt es als offizielle Stellungnahme:

"Wir, die Organisatoren des EYT, sind entsetzt über die Aggression der Russischen Föderation, die militärisch in die benachbarte Ukraine einmarschiert ist. Wir schließen uns daher den Aktivitäten zur internationalen Isolierung Russlands an. Mit sofortiger Wirkung schließen wir die Russische Föderation aus dem Rennen um den internationalen Wettbewerb European Tree of the Year aus."

Die russische Bewerbung hätte demnach für dieses Jahr eine Eiche vorgesehen, die vor 198 Jahren von dem Schriftsteller Iwan Turgenjew gepflanzt worden sein soll. BR24 informierte Anfang März zu dem Kandidaten:

"Der 'Europäische Baum des Jahres' wird auf gar keinen Fall in der zentralrussischen Stadt Orjol stehen, der Geburtsstadt des Schriftstellers und großen russischen Meisters des Realismus, Iwan Sergejewitsch Turgenjew (1818–1883). Dort stand auf dem Gelände des ehemaligen Familienguts der Turgenjews bis zum letzten Jahr eine imposante, rund 200 Jahre alte Eiche. Ein Sturm entwurzelte sie. Gleichwohl stand das Naturdenkmal zur Auswahl beim

alljährlichen Wettbewerb um das bemerkenswerteste Baum-Wunder Europas."

Die Mitteilung der Entscheidung richte sich nicht "gegen die normalen russischen Frauen und Männer", so die Begründung, um final zu betonen: "Wir schätzen alle aktiven Bürger der Russischen Föderation, die sich für eine freie Zivilgesellschaft und den Naturschutz einsetzen. Wir können jedoch nicht untätig bleiben und der nie da gewesenen Aggression der russischen Führung gegen ein Nachbarland zuschauen."

Der Gouverneur der Region Orjol, Andrei Klychkow, sei laut BR24 irritiert über die Entscheidung der Veranstalter:

"Wie kann der Baum jemanden schrecken? Wie kann er jemanden bedrohen? Warum wollen Sie Turgenjews Anteil an der Weltliteratur schmälern? Am letzten Tag der Abstimmung, als unsere Eiche einer der Spitzenreiter des Wettbewerbs war, wurde eine geheime Abstimmung abgehalten, mit einem Ergebnis, dass niemand benötigt. Offenbar durfte ein Symbol Russlands auf gar keinen Fall gewinnen."

Der diesjährige Siegerbaum findet sich in Polen. Es handelt sich um eine 400 Jahre alte Eiche, die nach Angaben der Organisatoren "zum Symbol für den polnischen Widerstand gegen Aggressionen und für die herzliche Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine" geworden ist. Den zweiten Platz belegte eine 250 Jahre alte Eiche in der spanischen Region Santiago de Compostela, und der dritte Platz ging an eine 250 Jahre alte Korkeiche in Vale do Pereiro, einem Dorf in Portugal.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c7156b480cc093b47d78d.jpg>

vormittags:

8:11 (6:11) novorosinform.org: Ex-Rada-Abgeordneter Kiwa zeigte die polnische Karte der „Teilung der Ukraine“

Die Karte, auf der die westlichen Regionen der Ukraine in Polen enthalten sind, wurde im polnischen Fernsehen ausgestrahlt, schrieb der ehemalige Abgeordnete der Werchowna Rada Illa Kiwa in seinem [Telegram-Kanal](#).



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/JQfEBMFqFytE_hdHrINpCMhuo02oWfFK-CNv_z0zE-Qf1iCJs8kvATO3BK6xAObbVHi0tnTTi64Q39FtFXAAy-0EWEjGC5dY5JHYmbK0zIsKzWl_smEYFZqDU4igsdn2YTL8pmuMzQFUuUvS46Tya3F8PdCyELOqTsAN0rNwTHQEK8Q1Yr_HucY7HMsyZdqbgOv0vevt-EMpDNAZ3zVHYJMSLGOIVVjNXHhTL-087Y7ziT5FKuFI2SdTkDfS8C4oXi0yP40-thCelpTqeoZRTUFyG50C6OEXvprn0DyC_-wbm21_yXftSJWoDDzFWeQw4C1sgXydwZ0uwTtLv_byBA.jpg

Der von Kiwa gepostete Screenshot zeigt das Logo des polnischen Fernsehsenders TVP1. Auf dieser Karte umfasste die Ukraine nur die zentralen und nördlichen Regionen des Landes. Die meisten westlichen Regionen werden als Territorium Polens bezeichnet, die Region Transkarpatien wurde an Ungarn "übergeben" und die Region Czernowitz an Rumänien. Der rechte Rand und der Süden der Ukraine werden als Teil der Russischen Föderation ausgewiesen.

„Alles, worüber wir bereits gesprochen haben und wozu der Westen bereit ist“, schrieb Kiwa. Früher wurde berichtet, dass die Führung Polens einen Plan für den Einsatz von Friedenstruppen im Westen der Ukraine vorbereitet habe. Nach Angaben des russischen Außenministers Sergej Lawrow erwarte Polen, auf diese Weise die westlichen Regionen des ukrainischen Staates zu besetzen. US-Präsident Joseph Biden wiederum sagte, dass die Behörden in Kiew unabhängig über die Frage der Aufgabe von Gebieten entscheiden sollten.



https://novorosinform.org/content/images/17/86/41786_720x405.jpg

6:15 de.rt.com: **Iranischer Botschafter: Moskau und Teheran entwickeln SWIFT-Alternative**

Angesichts der Welle westlicher Sanktionen gegen Russland als Reaktion auf die derzeitige

Militäroperation in der Ukraine arbeitet man in Moskau an weiteren Schritten, um diese Sanktionen zu umgehen. Dazu zählen die Ersetzung von SWIFT, die Aufstockung der Goldreserven, die Zahlung in Rubel für russisches Öl und Gas. Dazu kommt jetzt auch eine russisch-iranische SWIFT-Alternative.

Russland und Iran arbeiten gemeinsam daran, ihre Interbanken-Nachrichtensysteme miteinander zu verbinden, um das Finanztransaktionsnetzwerk SWIFT zu umgehen, sagte Kazem Jalali, Botschafter der Islamischen Republik Iran in Russland, am Donnerstag. Beide Länder sind mit harten westlichen Sanktionen konfrontiert, die eine Abwicklung des Zahlungsverkehrs für jeglichen Handel über SWIFT schwierig oder unmöglich machen. Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitiert Jalali gegenüber Reportern:

"Wir bemühen uns in dieser Richtung ..."

Letzten Monat wurden sieben russische Banken von SWIFT abgetrennt, wodurch ihnen dieser Zugang zu den internationalen Finanzmärkten effektiv verwehrt wurde. Das Verbot war Teil der jüngsten westlichen Sanktionen gegen Russland wegen der seit vier Wochen andauernden Militäroperation in der Ukraine.

Russland verfügt über einen eigenen Zahlungsmechanismus namens Financial Message Transfer System (SPFS), der eine ähnliche Funktionalität aufweist und die Übermittlung von Nachrichten im SWIFT-Format ermöglicht. Es wurde seit 2014 als Analogon zu SWIFT von der Bank von Russland entwickelt.

Was ist SWIFT?

SWIFT ist das weltweit dominierende System der Übermittlung verifizierter und archivierter Nachrichten zwischen Banken. Diese geben praktisch Auskunft darüber, was genau mit dem Geld auf allen Konten der angeschlossenen Banken bei einem Transfer innerhalb der SWIFT-Struktur geschah, geschieht und geschehen soll.

Eine große politische Frage war, ob Russland vom System SWIFT abgetrennt werden sollte oder nicht. Letztlich einigte man sich im Westen darauf, dass dies geschehen solle. Seit dem Jahr 2001 hat die US-Regierung in Washington, D.C. Lesezugriff und somit Einsicht in alle Transaktionen, alle Benachrichtigungen, die über SWIFT weltweit getätigt werden. Allen anderen SWIFT-Teilnehmern bleibt solcher Zugang verwehrt. Wenn man Russland aus diesem Finanz-Kommunikationssystem ausschließt, endet damit auch die exklusive Einsicht der US-Behörden in die russischen Transaktionen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c7b1448fbef5e036d1627.jpg>

7:00 de.rt.com: **Ukraine-Konflikt als möglicher Auslöser weltweiter**

Lebensmittelengpässe – WTO-Chefin warnt Staaten vor dem Horten von Lebensmitteln

Weltweit steigende Lebensmittelpreise infolge des Konflikts in der Ukraine könnten in den ärmsten Ländern der Welt zu Hungerrevolten führen. Dies erklärte die Generaldirektorin der Welthandelsorganisation (WTO) Ngozi Okonjo-Iweala in einem Interview mit der britischen

Zeitung The Guardian.

Ngozi Okonjo-Iweala warnte die nahrungsmittelproduzierenden Länder vor dem Horten von Vorräten und vor dem Verhängen von Exporteinschränkungen. Es sei wichtig, eine Wiederholung der Ereignisse während der Covid-Pandemie zu vermeiden, als die reichen Länder sich den Großteil der Impfstoffe sicherten und für sich behielten.

"Zu behalten, was man hat, ist eine natürliche Reaktion – das haben wir bei den Impfstoffen gesehen. Aber wir sollten nicht denselben Fehler bei Lebensmitteln machen. "

Nach Schätzungen der WTO war der weltweite Preisanstieg bei Weizen während der Lebensmittelkrise vor einem Jahrzehnt zu 40 Prozent auf das Horten zurückzuführen.

Im Interview mit dem Guardian äußerte sich die WTO-Generaldirektorin besorgt über die Auswirkungen des russischen militärischen Sondereinsatzes in der Ukraine. Sie verwies auf die Abhängigkeit von immerhin 35 afrikanischen Ländern von Lebensmittellieferungen aus der Schwarzmeerregion. Zudem sind Russland und die Ukraine zusammen für nahezu ein Viertel aller Weizenlieferungen weltweit verantwortlich, erinnerte Okonjo-Iweala.

"Wenn wir nicht darüber nachdenken, wie wir die Auswirkungen des Krieges abmildern können, wird das nicht nur in diesem, sondern auch im kommenden Jahr zu einer weiteren Katastrophe führen."

Es bestehe die Gefahr, dass sich die Unruhen im Zusammenhang mit Lebensmitteln wiederholen, die Ende der 2000er-Jahre eine frühere Periode rapide steigender Preise kennzeichneten, fügte sie hinzu. Deswegen sei es wichtig, unnötiges Horten von Lebensmitteln zu vermeiden: "Wir wenden uns an unsere Mitglieder und fordern sie auf, diese Krise nicht durch Exportbeschränkungen für Lebensmittel zu verschärfen."

Zudem äußerte die WTO-Generaldirektorin die Befürchtung, dass nicht nur die Aussaatsaison in der Ukraine durch den Konflikt beeinträchtigt wird, sondern dass es auch bei der Versorgung mit Düngemitteln weltweit zu Engpässen kommen könnte.

Die Ukraine liefert in der Regel die Hälfte des Weizens an das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen. Aus diesem werden Länder, die infolge von Konflikten oder Naturkatastrophen von Hungersnöten betroffen sind, mit Hilfsgütern versorgt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623d593948fbef11fd2df874.jpg>

9:31 (7:31) novorosinform.org: **Die Streitkräfte der Ukraine bereiten sich darauf vor, auf die Taktik der Islamisten in Syrien umzusteigen – Experte**

Der Militärexperte Alexej Leonkow glaubt, dass die ukrainische Armee nach dem Verlust der meisten gepanzerten Fahrzeuge plane, auf die Taktik des „Pickup-Krieges“ umzusteigen. Alexej Leonkow sagte in einem Interview mit „Donbass entscheidet“, dass die ukrainische Armee angesichts des Mangels an gepanzerten Fahrzeugen gezwungen sein werde auf die Taktik umzusteigen, schnelle Schläge auf die Positionen der russischen Streitkräfte mit

Pickups durchzuführen, die mit Maschinengewehren, Granatwerfern und Mörsern ausgestattet sind. Der Experte betont, dass solche Taktiken von den Islamisten in Syrien angewendet wurden.

Er glaube jedoch, dass der Übergang zu einer neuen Taktik den Streitkräften der Ukraine nicht erlauben werde, das Blatt der Feindseligkeiten gegen die russische Armee zu wenden.

Leonkow wies darauf hin, dass die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte dank der Militäroperation in Syrien über umfangreiche Erfahrungen bei der Bekämpfung des „Krieges der Pickups“ verfügten.

„Unsere Helikopterpiloten sind sich dieser Taktik bewusst. Wenn sie kleine Gruppen entdecken, die versuchen, hinter die Linien zu gelangen und Sabotage zu betreiben, zerstören sie sie“, betonte Alexej Leonkow.



https://novorosinform.org/content/images/17/89/41789_720x405.jpg

7:50 de.rt.com: **Zehntausende protestieren in Serbien gegen NATO**

Im Zentrum von Belgrad haben am Donnerstag Massenaaktionen zum Gedenken an die Opfer der NATO-Aggression gegen Serbien stattgefunden. Vor 23 Jahren hatte die NATO mit der Bombardierung Jugoslawiens begonnen.

Zehntausende von Bürgern skandierten "Wir sind gegen die NATO" und "Russen und Serben sind Brüder für immer!" Sie bewegten sich in Richtung der russischen Botschaft, um Solidarität mit Russland und Widerstand gegen die Expansionspläne der Allianz im Osten zum Ausdruck zu bringen.

Nach Angaben des serbischen Verteidigungsministeriums sollen während der NATO-Luftangriffe 2.500 Zivilisten getötet worden sein, darunter 89 Kinder und 1.031 Soldaten und Polizisten.

Die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright, die das Bombardement Jugoslawiens 1999 initiiert hatte, ist am 23. März, am Vorabend des jährlichen Trauertrages, verstorben.

8:20 de.rt.com: **Moskau wird europäischen Parlamenten und Israels Knesset Nachweise über Kriegsverbrechen des ukrainischen Militärs aushändigen**

Russland wird den Parlamenten der europäischen Länder die verfügbaren Fakten über die Misshandlung ukrainischer Bürger durch die Kiewer Machthaber und ihr Militär übermitteln. Dies hat der Vorsitzende der russischen Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin angekündigt. Der als Präsident der Ukraine für die begangenen Kriegsverbrechen verantwortliche Wladimir Selenskij sollte nicht ungestraft bleiben. Insbesondere sprach Wolodin Frankreich und Israel an:

"Es wäre das Richtige, wenn die Mitglieder der Knesset und des französischen Parlaments die Videobotschaft des Bürgermeisters der ukrainischen Stadt Kupjansk sehen, Aufnahmen von

Menschen, die geschlagen werden, und von Panzern und Maschinengewehren, die in Wohnhäusern platziert werden, wenn sie denn wirklich analysieren und begreifen wollen, was in der Ukraine vorgeht. Wir werden die uns zur Verfügung stehenden Materialien über die Misshandlung der Bürger durch Kiew an die nationalen Parlamente der europäischen Länder schicken", schrieb Wolodin auf Telegram.

"Selenskij und seine Handlanger sind Kriegsverbrecher, die eine Nazi-Ideologie praktizieren. Sie müssen sich für ihre Taten verantworten."

Zuvor hatte Gennadi Mazegora, der Bürgermeister der Stadt Kupjansk in der Region Charkow, eine Videoansprache an das ukrainische Volk, Wladimir Selenskij und die ukrainische Regierung [veröffentlicht](#). Darin beklagt er die mutmaßliche Entführung seiner Tochter durch den ukrainischen Geheimdienst SBU. Als russische Truppen an Kupjansk anrückten, erzielte die Stadtverwaltung mit Mazegora an der Spitze eine Einigung mit dem russischen Militär: Die Polizei wie auch alle Organe der Kommunalverwaltung und Kommunaldienste sollten ihre Funktionen weiterhin wahrnehmen, eine Erstürmung der jeglicher ukrainischer Truppen leeren Stadt würde nicht stattfinden.

Dies rief zunächst eine hysterische Reaktion seitens der ukrainischen Generalstaatsanwältin Irina Wenediktowa hervor, dann Falschnachrichten über eine angebliche Verhaftung Mazegoras und mündete schließlich in der mutmaßlichen Entführung von Mazegoras Tochter Daria, die sich zu jener Zeit in der westukrainischen Region Iwano-Frankowsk aufhielt. Nun würden bei ihm Drohungen gegen seine Tochter eingehen, so der Bürgermeister.

In Netz kursieren zahlreiche Videoaufnahmen von mutmaßlichen Plünderern, die von Mitbürgern ergriffen und an Laternenpfähle gebunden werden, sodass sie von Passanten für ihre mutmaßlichen Vergehen nach Belieben geschlagen und anderweitig misshandelt werden können.

Auch das vom ukrainischen Militär und den Neonazi-Bataillonen praktizierte [Einrichten von Feuerstellungen](#) an beziehungsweise in Wohnhäusern und Objekten der zivilen Infrastruktur wurde von Bürgern in Gebieten, die durch die vorrückenden Truppen Russlands sowie der Republiken befreit wurden, häufig geschildert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623d6914b480cc198c4649c9.jpg>

10:21 (8:21) novorosinform.org: **Selenskij und seine Handlanger müssen sich wegen Kriegsverbrechen verantworten – Wolodin**

Der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij und seine Mitarbeiter bekennen sich zur Nazi-Ideologie und sollten bestraft werden, erklärte der Vorsitzende der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin.

So reagierte der Sprecher der Staatsduma auf den Apell des Bürgermeisters von Kupjansk, Gennadi Mazegora, an den Präsidenten der Ukraine, Wladimir Selenskij, nachdem seine

Tochter entführt wurde und er Drohungen des SBU in Bezug auf Repressalien gegen sie erhalten hatte. Der Bürgermeister der vom ukrainischen Regime befreiten Stadt bot Selenskij sein Leben im Austausch für die Freiheit seiner Tochter an.

Diese monströse Geschichte zeige einmal mehr, wie die Neonazi-Ideologie die Behörden in der Ukraine getroffen habe, [schrieb](#) Wolodin in seinem Telegram-Kanal.

„Selenskij und seine Schergen sind Kriegsverbrecher, die sich zur Nazi-Ideologie bekennen. Sie müssen sich für ihre Taten verantworten“, schrieb der Vorsitzende der Staatsduma.

Er fügte hinzu, dass Russland den Parlamenten der europäischen Länder die Fakten über die Tyrannei der ukrainischen Nationalisten gegenüber den Bürgern Kiews übermitteln werde.



https://novorosinform.org/content/images/17/93/41793_720x405.jpg

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 25.3.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Luftabwehr der Donezker Volksrepublik **eine Rakete eines taktischen Raketenkomplexes „Totschka-U“ beim Anflug auf Donezk vernichtet**. Ihre Trümmer stürzten außerhalb von Wohngebieten ab, dank dessen konnten Opfer verhindert werden.

Insgesamt hat der Gegner 425 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie, 120mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen **abgefeuert**.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, 36, darunter ein Kind, wurden verletzt**. 25 Wohnhäuser und 7 Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 58 ukrainische Besatzer, 2 Feuerpositionen von D-30 Haubitzen, eine Feuerposition eines Panzer, ein Abwehrgeschütz SU-30, einen Panzer, einen Schützenpanzer und 2 Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Panzer, ein Schützenpanzer, 2 Panzerfahrzeuge und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

Sechs Soldaten der 54. mechanisierten Brigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich gehe auf die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte ein und empfehle ihnen, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten. Nur wenn Sie freiwillig die Waffen

niederlegen werden Sie zu Ihren Familien zurückkehren können.

Ich wende mich an die Einwohner auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten besetzten Territorium und spreche ein weiteres Mal meinen Dank für die operative Meldung von Informationen über Handlungen des Gegners und hilfsbedürftige Bürger über den offiziellen Kommunikationsbot der Volksmiliz der DVR in der App „Telegram“ aus.

8:40 de.rt.com: **Zahlung in Rubel: Kurs steigt, während der Westen über eigene Sanktionen stolpert**

Einige Experten sehen in der Anweisung des russischen Präsidenten, Gaslieferungen nur noch in Rubel zu bezahlen, einen Schritt, der westliche Länder zwingt, die eigenen Sanktionen gegen Russland zu unterlaufen. Doch ein Embargo als Alternative wäre gerade für Deutschland kaum durchzuhalten.

Der Kremlsprecher Dmitri Peskow teilte Reportern am Donnerstag mit, dass Moskau versuchen werde, die Probleme zu lösen, die sich speziell für Serbien im Zusammenhang mit der Zahlung von Gaslieferverträgen in russischen Rubeln ergeben. Nicht dagegen für andere Länder – wie etwa Bulgarien, das "in diesem Fall unfreundliche Schritte, feindliche Schritte gegenüber Russland gemacht hat", wird Peskow von der Nachrichtenagentur TASS zitiert. Daher werde die bulgarische Regierung "Gas [für Rubel] kaufen müssen, ob sie will oder nicht".

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte am Mittwoch angekündigt, Gaslieferungen in die von Russland als unfreundlich bezeichneten Staaten nur noch in Rubel bezahlen zu lassen. Zu den betroffenen Ländern gehören Deutschland und alle anderen Staaten der Europäischen Union (EU), daneben auch die USA, Kanada und Großbritannien. Der russischen Regierung und Zentralbank wurde eine Woche Zeit gegeben, um die Modalitäten der Umstellung festzulegen.

Laut Analysten der DekaBank Deutsche Girozentrale dürfte die Maßnahme ein Versuch sein, die EU zu zwingen, die selbst gerade erst gegen Russland verhängten Sanktionen zu unterlaufen. "Denn aktuell wären solche Zahlungen sanktionsbedingt kaum umsetzbar."

Russische Gaslieferanten wie Gazprom wurden bisher zunächst in Fremdwährung bezahlt, daraufhin oblag es dem russischen Lieferanten, einen Großteil davon bei der russischen Zentralbank gegen Rubel einzutauschen. Bis jetzt wurden und werden etwa 60 Prozent der russischen Gaslieferungen in Euro und 40 Prozent in US-Dollar bezahlt.

Laut dem Ökonomen und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums Jens Südekum gibt es auf den internationalen Finanzmärkten gar nicht ausreichend verfügbare Mengen der russischen Währung. Sebastian Dullien, Direktor am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), verweist auf die Möglichkeit, dass die Bank des Gasimporteurs das Geschäft mit einer nicht sanktionierten russischen Bank abwickelt. Diese könne dann Dollar gegen Rubel eintauschen. Die Gazprom-Bank beispielsweise ist nicht sanktioniert.

Andere Experten, die das Handelsblatt zitiert, befürchten, dass russische Geschäftsbanken womöglich anfälliger sind für das Einwirken der russischen Regierung.

Seit Transaktionen mit der Zentralbank auf der Sanktionsliste der EU stehen und die im Westen befindlichen Währungsreserven eingefroren wurden, ist es schwierig, Rubel direkt bei der russischen Zentralbank zu besorgen. "Dadurch zwingt uns Putin somit indirekt, unsere eigenen Sanktionen zu unterlaufen", meint auch Südekum. Die westlichen Länder haben im Ausland lagernde russische Devisenreserven bewusst als Strafmaßnahme weitgehend blockiert. Zudem wurden zahlreiche russische Geschäftsbanken vom für internationale Zahlungen wichtigen Finanztransaktionssystem SWIFT ausgeschlossen.

Der Devisenfachmann Ulrich Leuchtmann von der Commerzbank gibt zu bedenken, dass ja gar nicht alle russischen Banken von SWIFT ausgeschlossen seien. Der Erwerb von Rubel, um damit die Gasrechnung zu bezahlen, sei also durchaus möglich. "Um Rubel zu erwerben,

muss niemand die Sanktionen gegen die russische Zentralbank brechen."

Durch die Maßnahme werde der Rubelkurs gestützt. Die Alternative zu den Zahlungen, etwa ein Gasembargo, wird insbesondere in Berlin kritisch gesehen. Da Deutschland mehr als die Hälfte des Erdgases aus Russland bezieht, stellte sich Deutschland bisher gegen ein Embargo. Der Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck spricht von einer Gefahr für den sozialen Frieden sowie für "eine schwere Wirtschaftskrise in Deutschland und Europa".

Weniger Bedenken scheinen da regionale Politiker wie der baden-württembergische Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk (CDU) zu haben, der [Berichten](#) zufolge 15 Grad Wohnraumtemperatur für zumutbar hält. Der Politiker, der seit rund 30 Jahren im Baden-Württemberger Landtag sitzt, hatte bereits früher mit seinen [Vorstellungen von Verbraucherschutz und Bürgerrechten](#) auf sich aufmerksam gemacht. Ähnliche Andeutungen gemäß dem Motto "Frieren für den Frieden" machten jedoch bereits auch andere Politiker.

Bereits jetzt stärkt die Maßnahme Putins den Kurs des Rubels, wodurch zugleich verhindert wird, dass Dollar-Zahlungen auf Konten landen, die der Westen kontrollieren und sanktionieren und somit von einem Umtausch in Rubel ausschließen kann. Zum Währungsumtausch müssen russische Banken Konten bei ausländischen Banken unterhalten, was sie somit anfällig für derartige Sanktionen macht.

Auch am Donnerstag profitierte die russische Währung. Am Vormittag kostete ein Dollar rund 96 Rubel. Vor der Anweisung vom Mittwoch hatte ein Dollar noch weit mehr als 100 Rubel gekostet. Zuvor im Februar mussten für einen Dollar zeitweise fast 160 Rubel gezahlt werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c78f4b480cc01a63d41aa.jpg>

10:45 (8:45) novorosinform.org: **Medwedew nannte den Zweck der durch den Westen erzeugten Russophobie**

Westliche Länder versuchen, ihre internen Probleme zu lösen, indem sie das Bild eines "gemeinsamen Feindes" schaffen, erklärte Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates der Russischen Föderation.

Dmitri Medwedew sagte in einem Interview mit Russia Today, dass russophobe Rhetorik aus westlichen Ländern oft alle vernünftigen Grenzen sprengt. Er stellte jedoch fest, dass der Westen Russland als eine Art "gemeinsamen Feind" benutze, der es verschiedenen Staaten ermöglichen solle, ihre internen Probleme zu lösen, Allianzen zu schließen und Krisen zu überwinden.

Medwedew bemerkte weiter, dass feindselige Rhetorik auf staatlicher Ebene aus westlichen Ländern bei ihren eigenen Bürgern alltägliche Russophobie hervorrufe. Der Politiker merkte jedoch an, dass solche Fälle als "situativ" eingestuft würden.

„Jemand hat Wahlen, jemand hat eine Krise, jemand muss mit jemand anderem eine Koalition bilden. Und dafür müssen Sie immer ein Ziel oder einen Feind finden. In diesem Fall wurde unser Land zum Feind gewählt“, betonte Dmitri Medwedew.



https://novorosinform.org/content/images/17/96/41796_720x405.jpg

10:46 (8:46) novorosinform.org: **Russische Armee zerstört Basis ausländischer Söldner in der Ukraine – Verteidigungsministerium**

Das Ziel wurde nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums mit Hilfe des operativ-taktischen Raketensystems Iskander getroffen.

Aufnahmen der Zerstörung des Objekts wurden am 25. März vom Verteidigungsministerium veröffentlicht. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurden in der Basis ausländische Söldner ausgebildet, berichtet [Iswestija](#).

„Eine ballistische Rakete traf das Gebäude, in dem sich die Fremdenlegion befand, und die Trainingsbasis“, sagte Maxim, Leiter der Berechnung des selbstfahrenden Werfers.

Die Länge des Gebäudes, das als Trainingsbasis genutzt wurde, sei 60 m. Es sei durch einen punktuellen Einschlag einer Iskander-Rakete, die kaum abzufangen sei, vollständig zerstört worden, sagte der Sprecher des Verteidigungsministeriums.



https://novorosinform.org/content/images/17/97/41797_720x405.jpg

11:32 (9:32) novorosinform.org: **Die russische Zentralbank hat den Standort der Gold- und Devisenreserven des Landes geklärt**

Nach Angaben der Zentralbank der Russischen Föderation befinden sich alle Gold- und Devisenreserven Russlands in seinen Tresoren auf dem Territorium des Landes.

Wie in der Aufsichtsbehörde erwähnt, seien Gold- und Devisenreserven das wichtigste

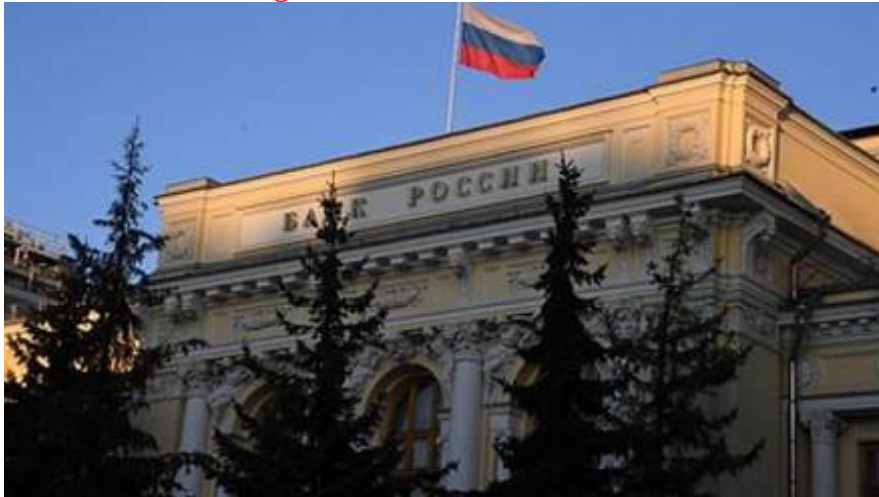
Instrument, das es der Zentralbank ermöglicht, die Wirtschaft des Landes vor externen Krisen zu schützen, informiert TASS.

„Das gesamte Gold aus unseren Gold- und Devisenreserven befindet sich in den Tresoren der Bank von Russland auf dem Territorium unseres Landes“, sagte die Zentralbank von Russland.

Die Zentralbank fügte hinzu, dass die Gold- und Devisenreserven eine stabile Zahlung von Fremdwährungsschulden ermöglichten und den Devisenmarkt stabilisierten.

...

Die Regulierungsbehörde erklärte, dass die Zentralbank versucht habe, in „guten Zeiten“ Reserven anzuhäufen und die Reservenstruktur so zu bilden, dass sie schnell auf verschiedene Arten von Krisen reagieren könne.



https://novorosinform.org/content/images/18/00/41800_720x405.jpg

9:50 de.rt.om: **Ukrainisches Treibstoffdepot nahe Kiew durch russische Streitkräfte zerstört**

Am Abend des 24. März haben hochpräzise seegestützte Marschflugkörper Kalibr eine Treibstoffbasis im Dorf Kalinowka bei Kiew getroffen. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium mit. Die Waffe zerstörte die größte verbliebene Treibstoffbasis der ukrainischen Streitkräfte, von der aus die militärischen Einheiten im zentralen Teil des Landes mit Treibstoff versorgt wurden.

10:40 de.rt.com: **Befestigungsanlage der Ukraine durch Lugansker Volksmiliz zerstört – von dort wurden umgebende Städte beschossen**

Truppen der Volksmiliz Lugansk haben einen sogenannten [befestigten Raum](#) (mit geringem Personalaufwand zu betreibende Befestigungsanlage mit überproportional viel Feuerkraft beziehungsweise die Truppengarnison zur Bemannung einer solchen Anlage) der ukrainischen Sicherheitskräfte in der Nähe der Stadt Popasnaja in der Region Lugansk zerstört. Wie Iwan Filiponenko, offizieller Vertreter der Volksmiliz der LVR, erklärte, wurden von dieser Anlage aus Ortschaften in der Umgebung häufigem Artilleriebeschuss ausgesetzt.

Zuvor hatte die Volksrepublik Lugansk bekannt gegeben, ihre Volksmiliz sei in Popasnaja eingedrungen – wobei aber Stellungen der ukrainischen Sicherheitskräfte sowohl in der Ortschaft als auch der Umgebung erhalten blieben und die Kämpfe in den Außenbezirken der Stadt weitergingen. Das Gebiet der LVR, einschließlich der Stadt Perwomajsk, wurde regelmäßig von den Stellungen der ukrainischen Sicherheitskräfte in diesem Gebiet aus beschossen – nun jedoch haben die ukrainischen Truppen mit dem befestigten Raum nahe Popasnaja bedeutend an Kapazitäten dazu verloren. Filiponenko zeigte die Anlage Kriegsberichterstatern:

"Hier befindet sich eine ehemalige Stellung der ukrainischen Streitkräfte zwischen der Stadt Perwomajsk und dem Dorf Nowoaleksandrowka. Sie hatten beschlossen, den Kräften der LVR-Volksmiliz von hier aus Widerstand zu leisten, obwohl wir sie wiederholt gewarnt und sogar darum gebeten hatten, dies nicht zu tun."

Er gab an, dass es sich beim befestigten Raum bei Popasnaja um eine ziemlich große Befestigungsanlage handelte – eine große Menge insbesondere an Munition, aber auch an Waffen wurde dort sichergestellt. Die Leichen der toten ukrainischen Soldaten wurden noch nicht von dort geborgen, meldet die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 25.03.2022

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das Gebiet von Solotoje-5 mit Mörsern beschossen.

Infolge des Beschusses wurden ein Wohnhaus beschädigt und ein Wirtschaftsgebäude zerstört.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus das Feuer erfolgte, operativ entdeckt und vernichtet.**

Die Volksmiliz befreit weiter das von Kiew besetzte Territorium. **Die Einheiten der Volksmiliz haben Nowoalexandrowka befreit.**

Freiwillige aus gesellschaftlichen Organisationen der Republik leisten weiter gemeinsam mit der Volksmiliz der LVR der Bevölkerung der befreiten Territorien Hilfe. Ein weiteres Mal haben Vertreter der gesellschaftlichen Organisation „Nahrung des Lebens Donbass“ warme Mahlzeiten für die Einwohner von Trjochisbenka gebracht.

10:47 de.rt.com: 12 russische Sonderpolizisten nach Weigerung, in der Ukraine zu kämpfen, angeblich gekündigt

Mehrere Mitglieder der russischen Sonderpolizei OMON sollen sich geweigert haben, in die Ukraine zu fahren, um dort an Kriegshandlungen teilzunehmen. Sie seien gekündigt worden und wollen nun juristisch dagegen vorgehen. Dies erklärte zumindest der Menschenrechtsaktivist Pawel Tschikow.

Wie Tschikow, Leiter der Menschenrechtsgruppe Agora, berichtete, hätten sich der OMON-Kommandeur Farid Tschitaw und elf seiner Untergebenen geweigert, in die Ukraine zu fahren. Ihm zufolge sollen sie seit Anfang Februar bei Militärübungen auf der Krim gewesen sein. Am 25. Februar sei ihnen befohlen worden, die Grenze zur Ukraine zu überqueren. Die Sicherheitskräfte hätten sich geweigert, da sie den Befehl für illegal hielten. Keiner von ihnen soll einen Reisepass dabei gehabt haben und habe Russland nicht verlassen wollen. Zudem seien sie über die Teilnahme an der Militäroperation und deren Aufgaben nicht aufgeklärt worden.

Die Soldaten seien anschließend nach Krasnodar zurückgebracht und nach einer amtlichen Kontrolle entlassen worden. Da sie diese Entscheidung für rechtswidrig halten, reichten sie eine Klage ein, [schrieb](#) Tschikow auf Telegram. Diese Angaben lassen sich derzeit nicht unabhängig überprüfen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623dae4d48fbef1227021b5d.jpg>

11:20 de.rt.com: Ungarn lehnt Aufruf Kiews über Waffentransit und Verzicht auf russisches Gas ab

Ungarn hat die Forderung der Ukraine zurückgewiesen, Waffenlieferungen durch sein Gebiet zuzulassen und russisches Öl und Gas abzulehnen. Dies betonte der ungarische Außenminister Peter Szijjártó am Freitag in einer Stellungnahme zu den Ergebnissen des ersten Tages des EU-Gipfels in Brüssel.

Szjijártó wies darauf hin, dass sich der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij am Donnerstag per Videolink an die Teilnehmer dieses Treffens wandte und "zwei bekannte Forderungen der Ukrainer" wiederholte: die Lieferung von Waffen über das Territorium von Ungarn zu gestatten und den Kauf von Erdgas und Erdöl aus Russland einzustellen. Die ungarische Regierung werde sich nicht darauf einlassen, weil sie "das Leben und die Sicherheit des ungarischen Volkes nicht riskieren" wolle, hieß es weiter.

nachmittags:

12:35 de.rt.com: Kreml: Möglicher Ausschluss Russlands vom G20-Gipfel ist "nicht tödlich"

US-Präsident Joe Biden hatte sich für einen Ausschluss Russlands aus der G20 ausgesprochen und eingeräumt, dass einige andere Länder mit einem solchen Schritt nicht einverstanden seien. Das Format sei für Russland zwar wichtig, unter den gegenwärtigen Umständen wäre ein Ausschluss Moskaus aus diesem Format aber "nicht fatal", erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow am Freitag vor Journalisten. Er sagte:

"Was das G20-Format betrifft, so ist es schon wichtig. Andererseits wird unter den gegenwärtigen Umständen, in denen sich die meisten Teilnehmer dieses Formats – auf ihre eigene Initiative hin – in einem Wirtschaftskrieg mit uns befinden, nichts Schlimmes passieren. In jedem Fall orientiert sich Russland auch an den Ansichten der anderen Teilnehmer dieses Formats und ist bereit, sich daran zu beteiligen, wenn dies möglich ist." Wenn die Teilnahme an der G20 nicht mehr möglich sei, werde nichts Schlimmes passieren, bekräftigte er und fügte hinzu:

"Es liegt auf der Hand, dass es angesichts der Verletzung aller Regeln der WTO und des internationalen Rechts notwendig ist, neue Wege der Beziehungen in allen Bereichen zu finden. Das werden wir tun."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623da4e0b480cc07530a6eab.jpg>

12:51 de.rt.com: **Pentagon gegen Außenministerium – Machtkampf in Washington um Reaktion auf Ukraine-Krieg?**

Laut der investigativen Website "Consortium News" stach das US-Verteidigungsministerium zwei Berichte an die Presse durch, die ein ganz anderes Licht auf die Kriegsführung Russlands in der Ukraine werfen sollen. Die russische Offensive sei keineswegs "ins Stocken geraten".

Laut der investigativen Webseite Consortium News versuchen das Pentagon und das US-Außenministerium im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine gegeneinander jeweils ihren Einfluss auf US-Präsident Joe Biden stärker geltend zu machen. Wie die Webseite berichtet, hätten zwei durchgestochene Berichte aus dem Pentagon "die Lügen der Mainstream-Medien darüber entlarvt", wie Russland den Krieg in der Ukraine führt. Consortium News zufolge versuche das Pentagon so, "der Propaganda entgegenzuwirken, mit der die NATO in den Konflikt hineingezogen werden soll".

Wie die Webseite weiter schreibt, befinde sich das Pentagon in einem folgeschweren Konflikt mit dem US-Außenministerium und dem US-Kongress, um eine direkte militärische Konfrontation mit Russland zu verhindern. US-Präsident Joe Biden stehe mitten in diesem Konflikt. Bisher habe sich Biden laut Consortium News auf die Seite des Verteidigungsministeriums gestellt und erklärt, dass es keine NATO-Flugverbotszone über der Ukraine geben werde.

Bei einem Auftritt vor seinen Parteifreunden von der Demokratischen Partei im US-Bundesstaat Pennsylvania hatte sich Biden vergangene Woche auch zu der Debatte um die mögliche Übergabe von Kampfflugzeugen an die Ukraine geäußert. Es dürfe keine Situation geben, in der die USA Flugzeuge oder Panzer mit amerikanischer Besatzung in die Ukraine schicken, sagte Biden. "Das muss man verstehen, da darf man sich nichts vormachen, egal was alle sagen – das heißt dann dritter Weltkrieg", sagte der Präsident.

Auch US-Verteidigungsminister Lloyd Austin liegt mit Biden auf einer Linie. Anfang März hatte Austin gesagt:

"Präsident Biden hat klar gesagt, dass die US-Truppen in der Ukraine nicht gegen Russland kämpfen werden, und wenn man eine Flugverbotszone einrichtet, muss man, um diese Flugverbotszone durchzusetzen, russische Flugzeuge angreifen. Und das wiederum würde uns in einen Krieg mit Russland führen."

Dennoch nehme laut Consortium News der Druck auf das Weiße Haus seitens des Kongresses und der Medien zu. Dazu gehöre auch die Berichterstattung vieler westlicher Medien, die

schrieben, dass Russland den Krieg verliere, dass seine Militäroffensive "ins Stocken geraten" sei und dass es aus Frustration absichtlich Zivilisten angreife und Städte dem Erdboden gleichmache.

Doch am Dienstag ließ das Pentagon Consortium News zufolge Journalisten zwei Berichte zukommen, die diesem Narrativ widersprechen sollen. In einem Artikel mit dem Titel "Putins Bomber könnten die Ukraine verwüsten, aber er hält sich zurück. Hier sagen wir warum" schrieb das Nachrichtenmagazin Newsweek:

"Russlands Verhalten in dem brutalen Krieg erzählt eine andere Geschichte als die weithin akzeptierte Ansicht, dass Wladimir Putin darauf aus ist, die Ukraine zu zerstören und der Zivilbevölkerung maximalen Schaden zuzufügen – und es enthüllt den strategischen Balanceakt des russischen Führers."

Der Artikel zitiert einen namentlich ungenannten Analysten der Defense Intelligence Agency (DIA) des Pentagons mit den Worten:

"Das Herz von Kiew wurde kaum berührt. Und fast alle der Langstreckenangriffe waren auf militärische Ziele gerichtet."

Ein pensionierter Offizier der US-Luftwaffe, der jetzt als Analyst für einen Auftragnehmer des Pentagons arbeiten soll, fügte in dem Artikel hinzu:

"Wir müssen das tatsächliche Verhalten Russlands verstehen. Wenn wir uns nur einreden, dass Russland wahllos bombardiert oder dass es nicht mehr Schaden anrichtet, weil sein Personal der Aufgabe nicht gewachsen ist oder weil es technisch ungeschickt ist, dann sehen wir den wahren Konflikt nicht."

In dem Newsweek-Artikel heißt es weiter:

"Seit dem vergangenen Wochenende hat Russland in 24 Tagen des Konflikts etwa 1.400 Einsätze geflogen und fast 1.000 Raketen [abgefeuert ...] Bei einem Teil dieser Angriffe wurden zivile Einrichtungen beschädigt und zerstört und unschuldige Zivilisten getötet und verletzt, aber das Ausmaß von Tod und Zerstörung ist im Vergleich zu Russlands Kapazitäten gering."

Newsweek zitiert den DIA-Analysten weiter mit den Worten:

"Ich weiß, es ist schwer zu glauben, dass das Gemetzel und die Zerstörung viel schlimmer sein könnten als es ist [...] Aber das ist es, was die Fakten zeigen. Das deutet zumindest für mich darauf hin, dass Putin nicht absichtlich Zivilisten angreift, dass er vielleicht darauf bedacht ist, den Schaden zu begrenzen, um einen Ausweg für Verhandlungen zu finden."

Ein zweiter pensionierter Offizier der U.S. Air Force sagte:

"Ich bin frustriert über die derzeitige Darstellung, dass Russland absichtlich Zivilisten angreift, dass es Städte zerstört und dass es Putin egal ist. Eine solch verzerrte Sichtweise steht der Suche nach einem Ende im Wege, bevor es zu einer echten Katastrophe kommt oder der Krieg auf das übrige Europa übergreift. Ich weiß, dass in den Nachrichten immer wieder behauptet wird, dass Putin Zivilisten ins Visier nimmt, aber es gibt keinen Beweis dafür, dass Russland dies absichtlich tut. Ich würde sogar sagen, dass Russland Tausende von Zivilisten mehr töten könnte, wenn es das wollte."

Ein zweiter erschienener Artikel widersprach Bidens dramatischer Warnung vor einem russischen Chemiewaffen-Angriff unter falscher Flagge. Die Nachrichtenagentur Reuters hatte in dem Artikel geschrieben:

"Die Vereinigten Staaten haben noch keine konkreten Hinweise auf einen bevorstehenden russischen Angriff mit chemischen oder biologischen Waffen in der Ukraine gesehen, aber sie beobachten die Informationsströme genau, sagte ein hochrangiger US-Verteidigungsbeamter."

Reuters zitierte in dem Beitrag den Pentagon-Beamten mit den Worten:

"Es gibt keine Anzeichen dafür, dass in dieser Hinsicht derzeit etwas unmittelbar bevorsteht." Aber weder die New York Times noch die Washington Post veröffentlichten den Reuters-Artikel, der letztendlich auf der weniger bekannten Newsplattform U.S. News and World Report erschien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623d891fb480cc077a0a6410.jpg>

14:05 de.rt.com: **Peskow bezeichnet Berichte über Ausreisebeschränkung für IT-Spezialisten als "Unsinn"**

Der russische Präsidentsprecher Dmitri Peskow hat Berichte in den sozialen Medien über angebliche Ausreisebeschränkungen für IT-Spezialisten oder zusätzliche Kontrollen als "Unsinn" bezeichnet. Weiter hieß es:

"Es gibt keine derartigen Gesetzentwürfe, und es kann sie auch nicht geben."

In diesem Zusammenhang erinnerte Peskow an die jüngsten Initiativen und Maßnahmen zur Unterstützung von IT-Beschäftigten vor dem Hintergrund der Krise:

"Diese Maßnahmen sagen das Gegenteil."

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 25. März 2022 hat die Truppengruppierung der DVR auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF **132 Ortschaften befreit und die voll Kontrolle über diese hergestellt**, dazu gehören:

Aslanowo, Chersones, Kellerowka, Jalta, Jurjewka, Asowskoje, Melekino, Belosarajskaja Kossa, Burjakowaja Balka, Portowskoje, Glubokowje, Ogorodnoje, Demjanowka, Ursuf, Kamyschewatoje, Starodubowka, Krasnaja Ukraina, Sacharowka, Babach-Tarama, Nowojanisol, Lesnoje, Malwodnoje, Saporoshskoje, Bachtschewik, Drushnoje, Obilnoje, Pokowoje, Kirowskoje, Priwolnoje, Wesjoloje (Bezirk Wolnowacha.)

15:00 de.rt.com: **Polnischer Vize-Regierungschef wünscht sich "ein starkes Polen mit Atomwaffen" - und schränkt dann aber ein, dass er Realist sei**

Polen habe keine Aussichten, Atomwaffen zu erhalten. Das betonte der stellvertretende Ministerpräsident Polens und Vorsitzende der nationalistischen Partei Recht und Gerechtigkeit, Jarosław Kaczyński, am Freitag gegenüber Vertretern der polnischen Presse. Das Nachrichtenportal onet zitierte ihn wie folgt:

"Realistisch gesehen, gibt es derzeit keine solche Aussicht."

"Wenn ich nicht in diesem Amt wäre, sondern ein pensionierter Rechtsberater oder, optimistischer ausgedrückt, ein pensionierter Juraprofessor, würde ich wollen, dass Polen sehr stark ist und solche Waffen hat. Aber ich muss die Realität berücksichtigen, und eine solche Perspektive gibt es im Moment nicht."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623db6a148fbef12b766cf3e.jpg>

15:14 de.rt.com: **NATO-Staaten wollen Ukraine keine Panzer und Kampffjets liefern**

Die Ukraine brauche mehr schwere Waffen, hatte der ukrainische Präsident, Wladimir Selenskij, bei dem Krisengipfel der NATO gesagt. Die erhoffte Antwort blieb jedoch aus. Seit dem Angriff Russlands haben die NATO-Länder unter anderem Boden-Luft-Raketen an Kiew übergeben.

Die 30 NATO-Staaten wollen trotz eindringlicher Appelle des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij keine Panzer oder Flugzeuge für den Kampf gegen die russische Armee liefern. Der französische Präsident Emmanuel Macron hatte am Donnerstag nach einem Sondergipfel des transatlantischen Militärbündnisses zum Ukraine-Krieg in Brüssel gesagt: "Es gibt eine Grenze, die darin besteht, nicht Kriegspartei zu werden."

Diese Grenze werde von allen Alliierten geteilt und deswegen liefere bislang niemand Panzer oder Flugzeuge, so Macron weiter. Boden-Luft-Raketen und Panzerabwehrwaffen werde man hingegen auch weiterhin zur Verfügung stellen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) machte der Ukraine ebenfalls keine Hoffnungen auf die Lieferung schwerer Waffen. Er erklärte bei einer Pressekonferenz lediglich, dass jeden Tag neu geprüft werde, welche Entscheidungen man diesbezüglich treffen wolle.

Selenskij hatte den NATO-Sondergipfel zuvor für einen verzweifelden Ruf nach Panzern und Flugzeugen genutzt. Der ukrainische Staatschef war bei der Konferenz per Video zugeschaltet. In Richtung des US-Präsidenten Joe Biden, der für den Gipfel nach Europa angereist war, und an die anderen Staats- und Regierungschefs appellierte er:

"Sie haben mehr als 20.000 Panzer. Die Ukraine hat um ein Prozent gebeten."

Er forderte zudem ein Prozent aller Kampfflugzeuge der 30 NATO-Staaten. Sein Land würde für die Panzer und Jets auch bezahlen – doch es gebe keine Antwort auf die Anfrage, beklagte Selenskij. Der 44-Jährige betonte:

"Das Schlimmste während des Krieges ist, keine klaren Antworten auf die Bitten um Hilfe zu bekommen."

Und Selenskij fuhr fort:

"Die Ukraine wollte diesen Krieg nie. Und wir wollen nicht über Jahre kämpfen. Wir wollen einfach nur unsere Menschen retten. Wir wollen überleben."

Offene Unterstützung für seine weitreichenden Forderungen gab es allerdings nur vonseiten der östlichen Alliierten. "Diejenigen Staaten, die Panzer und Flugzeuge haben, können auch Panzer und Flugzeuge abgeben", sagte etwa Estlands Ministerpräsidentin Kaja Kallas am Rande des Gipfels gegenüber der Nachrichtenagentur dpa.

"Wenn Länder mit 80 Millionen Einwohnern kleinere Mengen geben als wir mit 1,3

Millionen, dann können die großen Länder mehr tun, um der Ukraine zu helfen."

Bereits am Rande des Treffens in Brüssel hatte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg deutlich gemacht, dass die Allianz trotz ihrer militärischen Überlegenheit ein militärisches Eingreifen in den Ukraine-Krieg weiterhin ausschließe. "Das tun wir, weil wir die Verantwortung dafür tragen, dass dieser Konflikt nicht über die Ukraine hinaus eskaliert", erklärte er. Denn dies würde "noch mehr Leid, noch mehr Tote, noch mehr Zerstörung verursachen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623dbd2fb480cc077a0a644b.jpg>

15:20 de.rt.com: **Ukrainisches Militär bereitete sich auf Straßenkämpfe in seiner geplanten Donbass-Offensive vor**

Die ukrainischen Truppen haben sich auf Straßenkämpfe im Donbass vorbereitet, indem sie Taktiken sowohl für defensive als auch für offensive Operationen studiert haben. Dies geht aus Dokumenten hervor, die ein Korrespondent der Nachrichtenagentur RIA Nowosti in der befreiten Stadt Wolnowacha in der Volksrepublik Donezk gefunden hat.

Der Journalist fand am Ort der jüngsten Kämpfe ein Versteck mit Dokumenten eines Unteroffiziers der ukrainischen Streitkräfte, Boris Kasarjan. Neben einer Bescheinigung über einen Lehrgang mit britischen Ausbildern wurde ein Plan für eine theoretische Schulung mit Personal über taktisches Training für den Kampf in städtischen Verhältnissen entdeckt. Der russische Militärexperte Wladislaw Schurygin ist der Ansicht, dass solche Pläne darauf hindeuten könnten, dass das ukrainische Militär einen Durchbruch nach Donezk plante. Er erklärte gegenüber RIA Nowosti:

"Die Tatsache, dass sie im Voraus speziell für den Kampf in den Städten vorbereitet wurden, ist wahr. Dies hängt mit der Situation im Donbass selbst und dem riesigen Ballungsraum zusammen, den der Donbass im Wesentlichen darstellt. Dementsprechend geht eine solche Ausbildung in beide Richtungen: Sie kann sowohl in Bezug auf die Verteidigung – Kämpfe in der Stadt – als auch in Bezug auf die Offensive – ebenfalls Kämpfe in der Stadt – erfolgen." Ihm zufolge bestätigen diese Beweise, dass die ukrainischen Truppen gut ausgebildet sind.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623dc33b48fbef1181748819.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 25. März 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Pawlopol und Bugas die Mobilfunkinfrastruktur kontrolliert, hier werden Basisstationen des Mobilfunkoperators „Phönix“ installiert und ein Teil der Ausrüstung erneuert.

Im Jalta und Ursuf wurde die Verbindung zwischen den Städten organisiert. Eine Leitung nach Mangusch wird installiert.

In Tschermalyk, Nowotroizkoje und Anadol haben 252 Menschen Renten und 33 Sozialunterstützung erhalten.

Spezialisten des Gesundheitsministeriums der DVR haben in den befreiten Ortschaften 285 Patienten empfangen, alle erhielten qualifizierte medizinische Hilfe geleistet, sechs weitere Gesundheitseinrichtungen wurden mit den notwendigen Medikamenten versorgt:

Spezialisten des Verkehrsministeriums der DVR haben die Brücke in Starolapa untersucht, es wurden Schäden festgestellt.

Spezialisten der Donezker Eisenbahn haben das ganze Gelände des Bahnhofs in Wolnowacha untersucht, es wurden explosive Objekte gefunden.

Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR haben 12,76 Hektar in den befreiten Territorien der Republik, 7240 Quadratmeter Gebäude untersucht. 376 explosive Objekte wurden entschärft. In Donskoje, Wolnowacha und Mangusch wurde humanitäre Hilfe ausgegeben.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;

- die sich vor Ort schlecht orientieren;
 - die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
 - die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
 - sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
 - die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
 - die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).
- Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

16:11 de.rt.com: **Russischer Ex-Präsident Medwedew: "Die Amerikaner sind nicht mehr die Herren des Planeten Erde"**

Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates und ehemalige Präsident Dmitri Medwedew erklärte gegenüber RT, warum "die Amerikaner nicht mehr die Herren des Planeten Erde sind" und äußerte sich zur Russophobie.

Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew hat erklärt, warum er glaubt, dass "die unipolare Welt am Ende ist" und die Chancen für einen Verzicht der Europäischen Union auf russisches Gas abwägt.

In einem ausführlichen Interview mit RT und Sputnik bewertete der ehemalige russische Präsident die Reaktion des Westens auf den Ukraine-Konflikt und verriet einige Details über Russlands Militäroffensive in dem ehemaligen Sowjetstaat. Er sprach auch über die verschiedenen Standpunkte zu der Situation, einschließlich der Meinungen derjenigen, die sich entschieden haben, Russland zu verlassen.

Er erklärte, warum "die Amerikaner nicht mehr die Herren des Planeten Erde sind" und äußerte sich zur Russophobie.

Medwedew, der einst als Liberaler galt, ist in den letzten Jahren eher für härtere Äußerungen bekannt, wenn es um das Verhalten des Westens geht. Zuvor hatte er gesagt, dass die antirussischen Gefühle, die seit dem Beginn der Moskauer Militäroffensive in der Ukraine einen Aufschwung erlebt hätten, in den letzten 30 Jahren offenbar hinter "dem heuchlerischen, zahnlosen Lächeln von Politikern und Diplomaten versteckt waren, die das eine sagten und etwas ganz anderes taten."

Eine vollständige Aufzeichnung des Interviews mit Dmitri Medwedew wird in Kürze auf RT DE veröffentlicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623ddc2db480cc4fea421c56.jpg>

16:30 de.rt.com: **Kadyrow: Ukrainische Streitkräfte verwenden verbotene weiße Phosphormunition**

Das tschetschenische Oberhaupt Ramsan Kadyrow hat ein Video veröffentlicht, das seiner Meinung nach zeige, dass das ukrainische Militär verbotene weiße Phosphormunition verwendet. In seinem Telegram-Kanal [schrieb](#) er:

"Experten zufolge haben die ukrainischen Streitkräfte in der Nähe einer der ukrainischen Siedlungen weiße Phosphormunition eingesetzt. Aufgrund der hohen Toxizität und Tödlichkeit dieser Substanz ist ihre Verwendung weltweit verboten."

Er fügte hinzu, dass der Fall deutlich zeige, auf wessen Geheiß die ukrainischen Streitkräfte handeln, und erklärte weiter:

"Es würde mich nicht überraschen, wenn sie Russland für den Einsatz von Brandmunition verantwortlich machen, obwohl wir gut ohne sie zurechtkommen. Nach der Enthüllung der US-Biolabore in der Ukraine und der Erklärung von US-Präsident Joe Biden, dass Russland wahrscheinlich chemische Waffen einsetzen wird, haben wir eine solche Provokation erwartet."

Dnronline.su: **In einer Sendung in Rossija-1 berichtete das Oberhaupt der DVR über die Lage in Mariupol, das gerade von der ukrainischen Besatzung befreit wird.**

„Mariupol befreien wir weiter. In den Bezirken, zu denen wir Zugang haben, erhalten die Menschen Hilfe. Sie sind in einer labilen Lage – all diese Tage hatten sie kein Wasser, Essen, medizinische Hilfe. Die Menschen sagen alle einhellig, dass sie als lebendes Schild genutzt wurden. Sie durften nicht ausreisen. Und auf die, die versuchten das gefährliche Gebiet zu verlassen, wurde geschossen“, stellte Denis Puschilin fest.

Das Staatsoberhaupt fügte hinzu, dass unter Berücksichtigung der Sicherheit in Mariupol bereits die Dienste der Donezker Volksrepublik arbeiten. Unter anderem leisten das Zivilschutzministerium, das Gesundheitsministerium, Freiwillig und Jugendorganisationen der Bevölkerung Hilfe.

„Die Menschen haben seit langem kein Brot, kein normales Wasser gesehen. Wir haben einen Stab zur Leistung von Hilfe organisiert, bei dem die Bürger erste Hilfe erhalten können, ihre Handys aufladen, Lebensmittelpakete erhalten können, Feldküchen nutzen können.

Es werden außerordentliche Notfallmaßnahmen ergriffen, um so viele Menschen wie möglich zu retten. Alle wollen ausreisen, nicht alle wissen, wohin man kann. Sie befanden sich in einem Informationsvakuum und erlitten in dem ganzen schwierigen Zeitraum nur Ausschreitungen von Seiten der Nationalisten“, unterstrich das Staatsoberhaupt.

Er teilte mit, dass sich in dem provisorischen Aufnahmepunkt bereits etwa 11.000 Mariupoler befinden.

„Sie warten auf die Verteilung, und je nach Wunsch können sie in die RF fahren und dort weiter auf die Regionen verteilt werden, die uns unterstützen. Oder die Menschen können zu Verwandten fahren – in Donezk, in andere Städte der DVR“, erzählte Denis Puschilin.

Als Kommentar zur Erklärung des Kiewer Regimes, dass die DVR angeblich Kinder und weitere Menschen entführe, schlug das Staatsoberhaupt vor, den Kindern in die Augen zu schauen, die die ganze Zeit Geiseln der Nationalisten waren.

„Die Menschen wollen zurückkehren. Das ist eine der häufigsten Fragen und die Hoffnungen der Menschen, die trotz allem in ihre Stadt zurückkehren wollen. Sie sagen: wir lieben unsere Stadt, sie muss wieder aufgebaut werden. Und sie haben mit großer Freude die Nachricht aufgenommen, dass wir für immer gekommen sind, dass Russland für immer gekommen ist“, fasste Denis Puschilin zusammen.

16:48 de.rt.com: **Macron warnt vor "beispielloser Nahrungsmittelkrise"**

Frankreichs Präsident stellte auf einem Treffen der Staats- und Regierungschefs der G7 einen eigenen Plan für Ernährungssicherheit vor. Laut Macron droht eine "beispiellose

Nahrungsmittelkrise". Russland und die Ukraine gehören zu den größten Erntelieferanten der Welt.

Die Staats- und Regierungschefs der G7 haben eine außerordentliche Sitzung des Rates der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) einberufen, um zu verhindern, dass sich der Ukraine-Konflikt zu einer globalen Nahrungsmittelkrise ausweitete. Der französische Präsident Emmanuel Macron stellte dabei seine eigene "Initiative für Ernährungssicherheit" vor.

Laut einem am Donnerstag auf dem Gipfeltreffen der größten Volkswirtschaften der Welt verabschiedeten Kommuniqué setzt die russische Offensive auf das Nachbarland "die globale Ernährungssicherheit unter erhöhten Druck". Die G7-Staats- und Regierungschefs kamen daher überein, "alle Instrumente und Finanzierungsmechanismen" zu nutzen und die "relevanten internationalen Institutionen" einzubeziehen, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten, einschließlich der Unterstützung für die "fortgesetzten ukrainischen Produktionsanstrengungen".

In dem Kommuniqué heißt es:

"Wir fordern eine außerordentliche Sitzung des Rates der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), um die Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine für die weltweite Ernährungssicherheit und die Landwirtschaft zu erörtern."

Die Länder vereinbarten, Exportverbote und andere "handelsbeschränkende Maßnahmen" zu vermeiden und offene und transparente Märkte im Einklang mit den Regeln der Welthandelsorganisation aufrechtzuerhalten.

Macron nutzte den Gipfel in Brüssel, um seine eigene "Initiative für Ernährungssicherheit" vorzustellen. Die Welt stehe vor einer "beispiellosen" Nahrungsmittelkrise, sagte Macron und fügte hinzu, dass dies "eine direkte Folge von Russlands Entscheidungen und des Krieges" sei. Nach Ansicht des Präsidenten ist die Situation bereits schwierig und könnte sich "in zwölf bis 18 Monaten" weiter verschlechtern.

Sorge um Ägypten und Länder in Afrika

Bei der Pressekonferenz forderte der französische Staatschef, der regelmäßig mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin spricht, Moskau auf, "verantwortungsbewusst" zu sein und die Ukraine weiter säen zu lassen. Andernfalls, so betonte er, wäre die "Hungersnot" in vielen Ländern, die in hohem Maße von den Agrarlieferungen aus Russland und der Ukraine abhängig sind, "sicherlich unvermeidlich".

Unter den gefährdetsten Ländern nannte Macron Ägypten sowie einige andere Länder in Afrika und im Nahen Osten. Macrons "Initiative für Ernährungssicherheit" umfasst unter anderem einen Notfallplan für die Freigabe von Vorräten im Krisenfall. Hinzu kommt eine multilaterale Verpflichtung, keine Beschränkungen für die Ausfuhr von Agrarrohstoffen zu verhängen. Zusätzlich finden sich in den Vorschlägen eine vorübergehende Anhebung der Produktionsschwellen sowie die Unterstützung einer nachhaltigen Nahrungsmittelproduktion in den am stärksten gefährdeten Ländern. Hinzu kommt die Schaffung eines Mechanismus, der es ermöglichen würde, diese Länder mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen "in ausreichender Menge und zu vernünftigen Preisen" zu versorgen, falls eine solche Notwendigkeit eintritt.

Die Ernährungssicherheit wurde am Donnerstag auch von anderen Staats- und Regierungschefs erörtert, darunter US-Präsident Joe Biden. Macron warnt schon seit einiger Zeit vor der globalen Nahrungsmittelkrise und kündigte kürzlich einige innenpolitische Maßnahmen an, um die Folgen der Militäraktion in der Ukraine abzumildern.

Macron, der sich am 10. April zur Wahl stellt, betonte, dass die Ukraine und Russland "wahre Scheunen für die internationale Lebensmittelversorgung" seien. Er erklärte zudem, er plane die Einführung von Lebensmittelgutscheinen, um "den bescheidensten Haushalten und der Mittelschicht zu helfen, diese zusätzlichen Kosten zu bewältigen." Die Einzelheiten eines Lebensmittelhilfeprogramms sind jedoch noch nicht bekannt.

Russland und die Ukraine gehören zu den größten Erntelieferanten der Welt. Nach Angaben der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) entfallen auf die beiden Länder 53 Prozent des weltweiten Handels mit Sonnenblumenöl und -samen und 27 Prozent mit Weizen.

Die UNCTAD hatte zuvor erklärt, dass alle Länder unweigerlich von der durch den Konflikt ausgelösten Krise betroffen wären. Der Anstieg der Lebensmittel- und Kraftstoffpreise "wird die Schwächsten in den Entwicklungsländern treffen und die ärmsten Haushalte, die den größten Teil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben, unter Druck setzen, was zu Not und Hunger führt", warnte die Organisation.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623db58f48fbef118174880a.jpg>

17:00 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukrainische Soldaten in Gefangenschaft gemäß internationaler Normen behandelt**

Das russische Verteidigungsministerium hat am Freitag erklärt, dass ukrainische Soldaten, die sich in russischer Gefangenschaft befinden, in "würdigen Bedingungen" entsprechend internationalen Normen behandelt werden würden. Die ukrainische Seite verletze "elementare humanitäre Normen" bei der Behandlung von Gefangenen, auch die Genfer Konventionen, so das Ministerium.

19:05 (17:05) **novorosinfoem.org: Medien: Ohne Munition, ukrainische Nazis in Mariupol ergeben sich**

Viele Soldaten der Streitkräfte der Ukraine sowie Kämpfer nationalistischer Bataillone ergeben sich widerstandslos aus Mangel an Munition, berichtet die „Wojennoje Obosrenie“. Es wird darauf hingewiesen, dass das ukrainische Militär Feuerstellungen in den Wohnungen von Zivilisten in Mariupol eingerichtet habe und versuche, sich zu verteidigen. Der Vorrat an Patronen und Munition sei jedoch schnell erschöpft, und sie müssten sich den RF-Streitkräften ergeben.

"Wie sich herausstellt, wird eine beträchtliche Anzahl von Kämpfern nationaler Formationen gefangen genommen und einfach ohne Munition zurückgelassen. Dies macht letztendlich ihre Fähigkeit zunichte, russische Truppen zu beschießen, und zwingt sie, in Wohnhäusern oder anderen Gebäuden zu sitzen", so die Zeitung schreibt.

Zivilisten von Mariupol haben wiederholt über die Gräueltaten der ukrainischen Nazis berichtet, die Häuser und Unterkünfte besetzten und die Zivilbevölkerung auf die Straßen trieben.



https://novorosinform.org/content/images/18/65/41865_720x405.jpg

17:30 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Verzicht auf russisches Gas und Öl nach Umstellung auf Bezahlung in Rubeln hätte für Weltwirtschaft enorme Folgen**

Ein Verzicht auf russisches Öl und Gas hätte enorme Folgen für die europäische und die Weltwirtschaft. Davor warnte Dmitri Biritschewski, der Direktor der Abteilung für wirtschaftliche Zusammenarbeit des russischen Außenministeriums, wie RIA Novosti meldete.

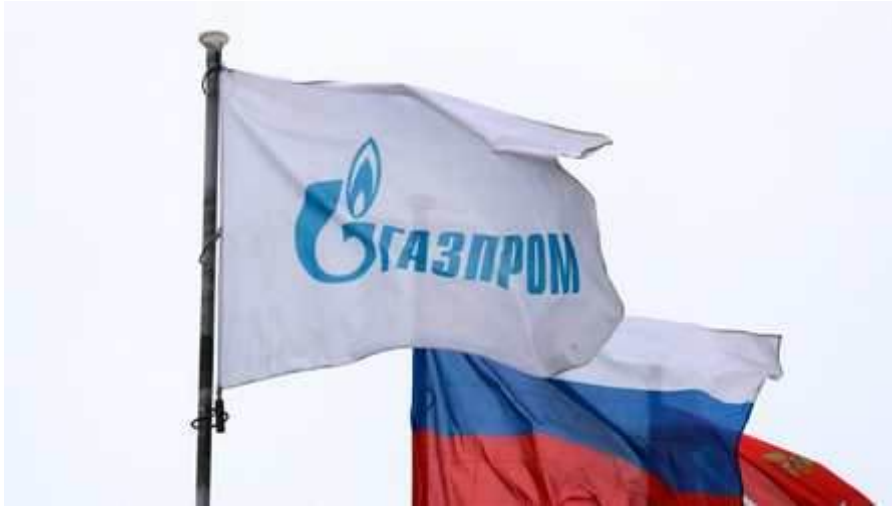
Selbst wenn Europa radikale Einsparungen einführt, Lieferanten in anderen Regionen der Welt fände und erneuerbare Energiequellen nutzte, könnte es selbst "im Ideal-Szenario" nur 80 Prozent der Energieressourcen ersetzen, sagte er. Zudem betonte der Diplomat, dass es in der Realität wohl noch weniger seien.

"Ob sie es [die russischen Energieträger] aufgeben oder nicht, bleibt ihnen überlassen. Aber natürlich wird dies enorme Folgen für die gesamte europäische Wirtschaft und schließlich auch für die Weltwirtschaft haben. Denn die Preise werden nicht nur in Europa, sondern überall auf der Welt steigen",

sagte Biritschewski im Fernsehsender Rossia 24. Und weiter:

"Die vorausgesagte Zurückhaltung ausländischer Geschäftspartner, russische Zahlungen in Rubel zu akzeptieren, könnte eine Kettenreaktion auslösen, die auf andere Arten von Verbindlichkeiten übergreifen würde. Zu den Folgen gehören die Sperrung von Transaktionen, das Einfrieren von Sicherheiten und Vermögenswerten sowie die Sperrung von Kreditlinien. ... Infolgedessen könnte die derzeitige Energie- und Logistikkrise von einer Reihe von Konkursen begleitet werden. Dies könnte zu dramatischen Veränderungen in den internationalen Finanzen führen und einen Marktzusammenbruch auslösen."

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte am 23. März erklärt, dass Russland die Zahlungen für Gaslieferungen an "unfreundliche Länder" in Rubel umwandeln werde. Es habe keinen Sinn, russische Waren in die EU und die USA zu liefern und dafür Zahlungen in deren Währung zu erhalten. Russland werde weiterhin Gas in den Mengen und zu den Preisen liefern, die in den zuvor unterzeichneten Verträgen festgelegt wurden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623ddb0f48fbef26da1ee4f3.jpg>

19:52 (17:52) novorosinform.org: **Lawrow: Der Westen hat Russland einen totalen hybriden Krieg erklärt**

Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow verhehle der Westen nicht, dass sein Ziel die vollständige Zerstörung der russischen Wirtschaft ist. Das berichtet TASS.

„Uns wurde ein echter hybrider Krieg erklärt, ‚totaler Krieg‘ – dieser Begriff, der von Nazideutschland verwendet wurde, wird jetzt von vielen Politikern in Europa verwendet, wenn sie darüber sprechen, was sie mit der Russischen Föderation machen wollen. Die Ziele sind nicht versteckt, sie werden öffentlich geäußert - die russische Wirtschaft und Russland als Ganzes zu zerstören, zu brechen, zu zerstören“, sagte Lawrow.

Er verwies auch auf die „Sanktionsgesetzlosigkeit“, wo deutlich wurde, dass alle Werte wie Marktfreiheit, Unverletzlichkeit des Privateigentums und Meinungsfreiheit, von denen westliche Politiker reden, nichts wert seien.

Gleichzeitig wies der russische Chefdiplomat darauf hin, dass die meisten Länder, die keine „Verbündeten“ des kollektiven Westens seien, sich nicht auf ein „einseitiges Spiel“ auf der Weltbühne einlassen wollten, und spielte damit auf mit Washington an.



https://novorosinform.org/content/images/18/68/41868_720x405.jpg

abends:

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 am 25.3.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122-mm-

Rohrartillerie und 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, 23 wurden verletzt**. 12 Wohnhäuser, ein ziviles Infrastrukturobjekt und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 43 ukrainische Nationalisten, 2 Panzer und ein Panzerfahrzeug vernichtet. Ein Schützenpanzer und zwei Schützenpanzerwagen wurden erbeutet.

Vier Soldaten der 54. mechanisierten Brigade und fünf Soldaten der 25.

Luftlandebrigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich wende mich an alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, es wird keine Hilfe geben, Ihr Kommando hat Sie im Stich gelassen. Wir empfehlen nachdrücklich, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten.

Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind 375 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der DVR übergegangen.

Zu unserem großen Bedauern **starben in der letzten Woche 45 Verteidiger der Donezker Volksrepublik** im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht, **506 wurden verletzt**.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:03 de.rt.com: **Russischer Botschafter in Syrien: "Israel provoziert uns zu einer Reaktion"**

Russland droht Israel mit einer Reaktion, wenn Tel Aviv weiterhin Luftangriffe gegen Syrien durchführt. Die Meldung erfolgte inmitten der andauernden russischen Militäroperation in der Ukraine, die Israel kürzlich vor der UN-Vollversammlung verurteilt hatte.

Der russische Botschafter in Syrien, Alexander Jefimow, warnte am Donnerstag, dass die israelischen Angriffe auf Syrien Russland zu einer Reaktion "provozieren". Die Äußerung des Botschafters war eine der schärfsten Verurteilungen der israelischen Luftangriffe auf Syrien durch die Kremlführung in letzter Zeit.

Jefimow beschwerte sich außerdem darüber, dass die israelischen Angriffe darauf abzielten, die Spannungen eskalieren zu lassen, wobei sie dem Westen in die Hände spielten, der weitere militärische Aktivitäten in Syrien durchführen könne. Die Erklärung erfolgte inmitten der andauernden russischen Operation in der Ukraine, die israelische Beamte vor Kurzem vor UN-Vollversammlung verurteilt hatten.

Israel hatte bereits zuvor Hunderte Tonnen humanitärer Hilfe für die Ukraine bereitgestellt und ein Feldkrankenhaus im Land eröffnet, während Tel Aviv bislang keine Waffen an die Ukraine lieferte. Israel ist aus taktischen Gründen vom Wohlwollen Moskaus abhängig, insbesondere in den Konflikten mit Syrien und Iran. Israel versucht, seine Neutralität in der Ukraine-Frage so weit wie möglich beizubehalten, da das Land seit der russischen Militärintervention auf Wunsch Syriens im Jahre 2015 nach eigenen Angaben eine funktionierende Sicherheitskoordination mit Russland pflegt.

Die israelischen Angriffe auf Syrien sind nach der Darstellung der israelischen Armee hauptsächlich darauf ausgerichtet, den Ausbau des angeblichen "iranischen Einflusses" in

Syrien abzuwenden und Waffentransporte über Syrien an die Hisbollah zu unterbinden. Tel Aviv behauptete kürzlich, Israel und Russland hätten sich auf einen "Konfliktlösungsmechanismus" für israelische Angriffe auf eine mutmaßliche iranische Militäranlage und Waffenkonvois in Syrien geeinigt. Die syrische Regierung in Damaskus appellierte mehrfach an den UN-Sicherheitsrat, Druck auf Tel Aviv auszuüben, damit die Souveränität Syriens nicht länger durch Israel systematisch verletzt werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623dd342b480cc4fea421c42.jpg>

18:15 de.rt.com: **Medinskij zu Gesprächen zwischen Russland und der Ukraine: Bei wichtigen Fragen "treten sie auf der Stelle"**

TASS berichtet, dass sich Russland und die Ukraine bei ihren Gesprächen in kleineren Fragen einander annähern, dass sie aber in den wichtigsten politischen Fragen auf der Stelle treten" würden.

Medinskij erklärte weiter, er habe die Verhandlungen in dieser Woche von Montag bis Freitag per Videokonferenz geführt und werde sie am nächsten Tag fortsetzen. Er fügte hinzu, dass Verhandlungen zwischen den Delegationsleitern sowie zwischen den Expertengruppen zwei- bis dreimal pro Woche stattfinden, zuletzt am Abend des 24. März. Bei zweitrangigen Themen würden sich die Positionen annähern, bei den politischen Hauptthemen jedoch "stocken sie", sagte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623df4d548fbef2751061b40.png>

18:48 de.rt.com: **Türkei lehnt Weitergabe von S-400-Luftabwehrsystemen an Ukraine ab**

Ankara wird seine S-400-Systeme nicht an die Ukraine liefern, auch wenn Washington das gerne sähe. Das verkündete der türkische Präsident nach dem NATO-Gipfel am Freitag. Die Türkei sei sehr an einer raschen und friedlichen Lösung der Situation interessiert und werde ihren Teil dazu beitragen.

Die Türkei werde die Nutzung russischer Flugabwehrraketensysteme nicht rückgängig machen, erklärte Präsident Recep Tayyip Erdoğan am Freitag vor Journalisten auf dem Rückflug vom NATO-Gipfel in Brüssel.

Westliche Medien hatten behauptet, dass die USA über eine mögliche Weitergabe der in Russland hergestellten S-400 von der Türkei an die Ukraine verhandeln würden. Im Gegenzug böte Washington Ankara verschiedene Zugeständnisse im Verteidigungsbereich an, hieß es. Auf die Frage nach den S-400-Luftabwehrsystemen erwiderte der türkische Staatschef indes:

"Für uns ist das eine abgeschlossene Angelegenheit. Sie sind unser Eigentum und dienen unserer Verteidigung, also ist das Thema damit erledigt."

Die Trump-Regierung hatte Ankara als Vergeltung für den Kauf russischer Militärgüter aus dem F-35-Programm ausgeschlossen.

Erdoğan sagte, die Reaktion seines Landes auf die Idee des Transfers sei in einem Brief seines Sprechers, Fahrettin Altun, gut zusammengefasst worden. Das betreffende Schreiben war diese Woche im Wall Street Journal veröffentlicht worden. Der türkische Beamte hatte darin gefordert, dass Washington die Sanktionen gegen Ankara ohne Vorbedingungen aufheben sollte, um die türkisch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern.

In Bezug auf die Wiederbelebung der NATO durch die Ukraine-Krise merkte Erdoğan an, dass der französische Präsident Emmanuel Macron sich getäuscht habe, als er den Militärblock im Jahr 2019 als "hirntot" bezeichnete. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten kamen am Donnerstag in Brüssel hinter verschlossenen Türen zusammen, um ihre Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine zu besprechen. Die Türkei habe ihre Rolle als wesentlicher Bestandteil des Bündnisses bekräftigt, so Erdoğan.

Im Gegensatz zu anderen Mitgliedern hat sich die Türkei geweigert, Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verhängen, und hat die diplomatischen Kanäle sowohl mit Moskau als auch mit Kiew offen gehalten. Erdoğan erklärte, sein Land habe nicht die Absicht, sich selbst zu schaden, indem es die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland, seinem wichtigsten Energielieferanten, abbreche.

"Ich kann mein Volk im Winter nicht im Schnee stehen lassen", sagte der türkische Präsident und bezog sich dabei auf die Erdgaslieferungen aus Russland. "Ich kann unsere Industrie nicht komplett lahmlegen."

Erdoğan glaubt, dass dieser pragmatische Ansatz dem türkischen Tourismus zugutekommen wird. Er geht sogar davon aus, dass russische Besucher im Jahr 2022 eine wichtige Einnahmequelle für die Branche darstellen werden. Die Finanzblockade, die der Westen gegen Russland verhängt hat, habe laut dem türkischen Staatschef gezeigt, dass Ankara recht hatte, als es vorschlug, den Zahlungsverkehr zwischen der Türkei und Russland auf die jeweilige Landeswährung umzustellen.

In Bezug auf die türkischen Vermittlungsbemühungen zwischen Moskau und Kiew kündigte Erdoğan an, er werde im Laufe des Freitags mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij und am Wochenende oder Anfang nächster Woche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sprechen.

Er sagte, die beiden Kriegsgegner hätten bei ihren Friedensgesprächen in vier von sechs Hauptstreitpunkten eine gemeinsame Basis gefunden. Kiew sei jedoch nicht bereit, seine Souveränität über die Krim und die Republiken Donezk und Lugansk aufzugeben. Selenskij hatte zuvor erklärt, er könne die territorialen Fragen einem Referendum unterziehen, woraufhin Moskau antwortete, dass dieser Vorschlag unter den gegebenen Umständen nicht durchführbar sei.

Die Krim war 2014 zu Russland zurückgekehrt. Die beiden anderen Regionen wurden von Moskau als souveräne Republiken anerkannt, nur wenige Tage bevor die russische Armee Ende Februar ihren Angriff auf die Ukraine startete. Eines der erklärten Ziele der russischen Offensive war der Schutz von Donezk und Lugansk vor den Kiewer Truppen.

Erdoğan sagte, die Feindseligkeiten in der Ukraine seien eine große Krise für die Welt. Sowohl wegen der humanitären Schäden, die sie verursachten, als auch aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der antirussischen Sanktionen und Moskaus Gegensanktionen. Die Türkei sei indirekt von der potenziellen Bedrohung durch ukrainische Minen im Schwarzen Meer betroffen. Russland hatte zuletzt gewarnt, dass diese sich lösen und in Richtung der Schifffahrtsrouten durch die türkische Meerenge treiben könnten. Laut Erdoğan arbeite die türkische Marine derzeit eifrig daran, damit fertig zu werden. Ankara sei sehr an einer raschen friedlichen Lösung der Situation interessiert und werde seinen Teil dazu beitragen, dass dies gelinge, so der türkische Präsident weiter.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623de03ab480cc50276c91cd.jpg>

21:00 de.rt.com: **Ukraine: Russische Seite hält bei Verhandlungen an Ultimaten fest**

Auf Twitter hat der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba sein Bedauern bezüglich des fehlenden Konsenses bei den Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine zum Ausdruck gebracht. Ihm zufolge ist dafür die starre Position Russlands verantwortlich: "Bei den Verhandlungen gibt es noch keinen Konsens. Die Position der Ukraine ist klar: Waffenstillstand, Sicherheitsgarantien, keine Kompromisse bei der territorialen Integrität. Russland hält aber an den Ultimaten fest."

Um "einen konstruktiveren Ansatz" zu initiieren, brauche man zwei Dinge – mehr Sanktionen und mehr militärische Hilfen für die Ukraine, schlussfolgerte der Minister.

21:02 de.rt.com: **Russland: Ukrainische Luftstreitkräfte und Luftverteidigungssystem "praktisch völlig zerstört"**

Am Freitag hat das russische Verteidigungsministerium erklärt, die Luftstreitkräfte und das Luftverteidigungssystem der Ukraine seien "praktisch völlig zerstört" worden. Außerdem meldete das Ministerium zum ersten Mal seit Wochen die Zahl der gefallenen Soldaten.

Auf einem umfassenden Briefing einen Monat nach Beginn des Krieges in der Ukraine hat das russische Verteidigungsministerium erklärt, die Luftstreitkräfte und das Luftverteidigungssystem der Ukraine seien nun "praktisch völlig zerstört". Auch die Seestreitkräfte der Ukraine "existieren" dem Ministerium zufolge "nicht mehr".

Im Rahmen der russischen Militäroperation sei die "absolute Priorität", "unnötige Opfer" unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden. Hauptziel sei die "Befreiung" der Donbass-Region. Kiew, Charkow, Tschernigow, Sumy und Nikolajew seien von russischen Truppen belagert. Die Oblaste Cherson und ein wesentlicher Teil des Oblast Saporischschja befänden sich unter voller Kontrolle der russischen Streitkräfte, teilte der stellvertretende Chef des Generalstabs Russlands, Sergei Rudskoi, mit.

Außerdem nannte das Verteidigungsministerium zum ersten Mal seit einigen Wochen die aktuelle Zahl der russischen Verluste. Den Angaben zufolge seien 1.351 Soldaten gefallen und weitere 3.825 verwundet worden. Die Ukraine habe der russischen Seite zufolge 16.000 Soldaten verloren, von denen 7.000 gefallen seien.

Die russischen Truppen hätten 16 wichtige ukrainische Militärflugplätze angegriffen und 39 Waffenlager zerstört, so Rudskoi. Dort sollen sich dem russischen Verteidigungsministerium zufolge 70 Prozent der Militärausrüstung der Ukraine befunden haben.

Moskau werde auch mögliche Waffenlieferungen aus dem Ausland in die Ukraine nicht außer Acht lassen und unverzüglich reagieren, falls andere Staaten eine Flugverbotszone ausrufen würden, unterstrich Rudskoi.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623df16648fbef265c799d8e.jpg>